

32. Sitzung

am Dienstag, dem 17. November 2009

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	1315
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	1315

Fragestunde

- 1. Qualifikation des zukünftigen Ortsamtsleiters beim Ortsamt Blumenthal**
Anfrage der Abgeordneten Frau Neumeyer, Strohmann, Röwekamp und
Fraktion der CDU vom 2. November 2009 1316
- 2. Verhängen von Sanktionen in der BAGIS**
Anfrage der Abgeordneten Dr. Möllenstädt, Woltemath und Fraktion der FDP
vom 6. November 2009 1318
- 3. Barrierefreiheit in Gaststätten**
Anfrage der Abgeordneten Frehe, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 10. November 2009 1320

Aktuelle Stunde 1321

Die Forderung an die Kunsthalle Bremen nach Rückgabe zweier Bilder von George Grosz

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 6. August 2009
(Drucksache 17/360 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 27. Oktober 2009

(Drucksache 17/412 S)

Abg. Beilken (DIE LINKE)	1321
Abg. Senkal (SPD)	1322

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	1323
Abg. Kau (CDU)	1323
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	1324
Abg. Beilken (DIE LINKE)	1325
Bürgermeister Böhrnsen	1325
Abg. Beilken (DIE LINKE)	1326

Haltestellen barrierefrei gestalten!

Antrag der Fraktion der FDP
 vom 27. Oktober 2009
 (Drucksache 17/413 S)

Abg. Richter (FDP)	1326
Abg. Erlanson (DIE LINKE)	1327
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	1327
Abg. Hamann (SPD)	1329
Abg. Focke (CDU)	1329
Abg. Richter (FDP)	1330
Senator Dr. Loske	1331
Abstimmung	1331

Neues Leitbild der Stadtentwicklung

**Umsetzung in den Handlungsfeldern Vitale Quartiere und Regionale Kooperation
 Zentren- und Nahversorgungskonzept der Stadt Bremen als städtebauliches
 Entwicklungskonzept**

Mitteilung des Senats vom 3. November 2009
 (Drucksache 17/414 S)

Abg. Pohlmann (SPD)	1332
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	1333
Abg. Strohmann (CDU)	1334
Abg. Rupp (DIE LINKE)	1336
Abg. Richter (FDP)	1337
Senator Dr. Loske	1338
Abstimmung	1339

**Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde)
 für das Haushaltsjahr 2007**

Mitteilung des Senats vom 25. November 2008
 (Drucksache 17/262 S)

Jahresbericht 2009 Freie Hansestadt Bremen - Stadt -

Bericht des Rechnungshofs
 vom 26. Februar 2009
 (Drucksache 17/290 S)

sowie

Bericht und Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) für das Jahr 2007 (Mitteilung des Senats vom 25. November 2008 - Drs. 17/262 S) und zum Jahresbericht 2009 des Rechnungshofs vom 26. Februar 2009 (Drs. 17/290 S) vom 6. November 2009 (Drucksache 17/415 S) 1340

Drittes Ortsgesetz zur Bereinigung des bremischen Rechts
 Mitteilung des Senats vom 10. November 2009
 (Drucksache 17/416 S) 1340

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 30 vom 10. November 2009
 (Drucksache 17/422 S) 1340

Verzicht auf geplante Verkehrsbehinderungen auf der Richard-Boljahn-Allee!
 Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
 vom 17. November 2009
 (Drucksache 17/467 S)

Abg. Strohmann (CDU) 1341
 Abg. Richter (FDP) 1342
 Abg. Hamann (SPD) 1344
 Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen) 1345
 Abg. Rupp (DIE LINKE) 1346
 Abg. Woltemath (FDP) 1346
 Abg. Strohmann (CDU) 1347
 Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen) 1348
 Senator Dr. Loske 1348
 Abstimmung 1350

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses 1351

Wahl eines Mitglieds des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses 1351

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Entsorgungsbetriebsausschusses . 1351

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Arbeit und Gesundheit 1351

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bau und Verkehr 1351

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten 1351

Wahl eines Mitglieds des Betriebsausschusses Musikschule Bremen 1351

Wahl eines Mitglieds des Betriebsausschusses Stadtbibliothek Bremen und Bremer Volkshochschule 1351

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Inneres 1351

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Kultur 1351

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Sport 1351

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Wirtschaft und Häfen 1351

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Möbius, Frau Peters-Rehwinkel.

Präsident Weber**Vizepräsidentin Dr. Mathes**
Vizepräsident Ravens**Schriftführerin Ahrens**
Schriftführerin Cakici

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats, Senator für Kultur und für kirchliche Angelegenheiten)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Wirtschaft und Häfen und für Justiz und Verfassung **Nagel** (SPD)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 32. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe Senioren von der IG Metall und eine Gruppe von der Volkshochschule Bremen aus dem Kurs „Kultur am Vormittag“. Seien Sie ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Verzicht auf geplante Verkehrsbehinderungen auf der Richard-Boljahn-Allee, Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU und der FDP vom 17. November 2009, Drucksache 17/467 S.

Gemäß Paragraf 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit dieses Antrags herbeiführen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrages einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag zum Schluss der Tagesordnung zu behandeln.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

2. Die Fraktion der SPD hat darum gebeten, noch einige Wahlen vornehmen zu lassen. Ich beabsichtige, diese Wahlen zum Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Auch hier stelle ich Einverständnis fest.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den vor-

aussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan 51 (mit Vorhabenplan 51) zum Vorhaben „Verbrauchermarkt Meinert-Löffler-Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Vegesack
- nördlich Schlachthof Bremen-Nord
- westlich Meinert-Löffler-Straße
Mitteilung des Senats vom 10. November 2009 (Drucksache 17/417 S)
2. Bebauungsplan 2386 für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Ronzelenstraße und Schulzentrum Ronzelenstraße und westlich Rhododendronpark
Mitteilung des Senats vom 10. November 2009 (Drucksache 17/418 S)
3. Stadtführer für behinderte Menschen weiterentwickeln
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 11. November 2009 (Drucksache 17/423 S)
4. Eine Stadt - ein Tarifgebiet für ganz Bremen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. November 2009 (Drucksache 17/465 S)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Dezember-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Lkw-Umfahrungsverkehr auf Bremens Straßen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD
vom 27. August 2009
2. Wagenburg hinter dem Güterbahnhof
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 15. September 2009
Dazu
Antwort des Senats vom 10. November 2009 (Drucksache 17/421 S)
3. Gebührenerhebung anlässlich des autofreien Sonntags
Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 27. Oktober 2009

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Verbindung der Tagesordnungspunkte außerhalb der Tagesordnung, hierbei handelt es sich um die Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2007, den Jahresbericht 2009 des Rechnungshofs und den Bericht und Dringlichkeitsantrag dazu. Des Weiteren wurden Vereinbarungen getroffen zu Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten.

Wer mit diesen interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, dass die Stadtbürgerschaft mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist.

(Einstimmig)

Interfraktionell besteht Einigkeit, die durch das Ausscheiden von Herrn Dr. Sieling und Herrn Pflugradt notwendig gewordenen Wahlen für verschiedene Gremien als En-bloc-Abstimmung durchzuführen.

Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Außerdem wurde nachträglich interfraktionell vereinbart, die Mitteilung des Senats, Kulturelle Teilhabe für alle ermöglichen, Drucksache 17/419 S, zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 4, Jetzt kulturelle Teilhabe für alle durch Einführung eines Kulturtickets ermöglichen, Antrag der Fraktion DIE LINKE, aufzurufen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen davon Kenntnis geben, dass mir der Landeswahlleiter mitgeteilt hat, dass der Abgeordnete Hans-Georg Gerling anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Helmut Pflugradt zum 1. November 2009 in die Stadtbürgerschaft eingetreten ist. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Arbeit, insbesondere für den Sport!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen drei frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Qualifikation des zukünftigen Ortsamtsleiters beim Ortsamt Blumenthal**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Neumeyer, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Neumeyer!

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Warum wurde bei der Ausschreibung für die Ortsamtsleiterstellen in Huchting und Oster-

holz ein abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium oder jedenfalls die Befähigung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst zur Voraussetzung gemacht?

Zweitens: Warum wird demgegenüber bei der Stelle des Ortsamtsleiters in Blumenthal lediglich eine abgeschlossene Ausbildung vorausgesetzt, obwohl sowohl die Aufgaben als auch die Besoldung denen in Huchting und Osterholz exakt entsprechen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Bürgermeister Böhrnsen.

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Qualifikationsanforderungen in den Ausschreibungen für die Besetzung der Ortsamtsleitungen in Huchting und Osterholz orientierten sich an den zuletzt unter der Federführung des Senators für Inneres formulierten Anforderungen. Diese Anforderungen waren von der Vorstellung geprägt, dass es sich bei der Ortsamtsleitung um eine herkömmliche Verwaltungstätigkeit handele, an die auch die entsprechenden beamten- und laufbahnrechtlichen Voraussetzungen zu stellen seien.

Der Senat hat seine Praxis mittlerweile geändert, weil die öffentlichen Dienstleistungen zentral in der Stadtgemeinde organisiert wurden und damit viele Verwaltungstätigkeiten bei den Ortsämtern entfallen. In den Vordergrund treten stattdessen zunehmend Koordinierungs- und Planungsaufgaben im Stadtteil. Insbesondere bei der Beratung des Beirätegesetzes ist noch deutlicher geworden, dass die Rolle der Ortsamtsleitung sich immer mehr in Richtung eines Stadtteilmanagements entwickelt hat und weiterentwickeln muss.

In der Ausschreibung für die Ortsamtsleitung Blumenthal beschränken sich die persönlichen Qualifikationsvoraussetzungen auch nicht auf den alleinigen Nachweis einer abgeschlossenen Ausbildung. Die Stellenausschreibung setzt vielmehr eine persönliche und fachliche Eignung aufgrund von abgeschlossener Ausbildung beziehungsweise abgeschlossenem Studium und hauptberuflich erworbener Erfahrung voraus. Diese Voraussetzungen müssen die Bewerberinnen und Bewerber befähigen, die anspruchsvollen und vielfältigen Aufgaben entsprechend dem Anforderungsprofil zu erfüllen.

Laufbahnrechtlich ist der Dienstposten der Ortsamtsleitung ein sogenanntes laufbahnfreies Amt. Für die Ämter der Ortsamtsleiterinnen und -leiter

finden somit die Vorschriften über die Laufbahnen keine Anwendung. Diese beamtenrechtliche Regelung ermöglicht es, und dies ist auch Zweck der Vorschrift, die Qualifikationsanforderungen für diese Ämter offener zu formulieren, um den Bewerberinnen- und Bewerberkreis zu erweitern. Von dieser Möglichkeit ist für das aktuelle Besetzungsverfahren in Blumenthal Gebrauch gemacht worden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU): Herr Bürgermeister, sind Sie mit mir einer Meinung, dass es, wenn in Huchting und Osterholz der gleiche Text in der Ausschreibung gewesen wäre, daraufhin noch andere Interessenten für die beiden Stellen gegeben hätte?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Böhrnsen: Das mag sein. Ich habe Ihnen soeben gesagt, wir haben die Praxis, die zunächst aus dem Anforderungsprofil, das der Senator für Inneres aufgestellt hatte, übernommen worden war, geändert. Ich darf es Ihnen für Blumenthal einmal konkretisieren, was wir und warum wir es so gemacht haben! Für Bremen-Nord sind alle Dienstleistungen, die auch jetzt noch in Gebäuden der Ortsämter Blumenthal und Vegesack angeboten werden, organisatorisch dem Stadtamt zugeordnet worden. Das ist seit 2006 der Fall.

Bis zu diesem Zeitpunkt, 2006, waren die Mitarbeiter des Bürgeramts, also in den Ortsämtern, Mitarbeiter des jeweiligen Ortsamts, und der Ortsamtsleiter hatte die Dienstaufsicht über diese Mitarbeiter. Er war Dienstvorgesetzter, er war für die finanzielle Ausstattung und für die Organisation der Arbeitsabläufe zuständig. Das war die Rechtfertigung, weshalb zu früheren Zeiten die Ortsamtsleiter das Anforderungsprofil in erster Linie danach beurteilt haben, ob sie ein Teil der herkömmlichen Verwaltung, dezentrale Verwaltungsorganisation, sind. Jetzt - und erst mit dem in Beratung befindlichen Beirätegesetz - geht es um andere Aufgaben, Stadtteilmanagement, und damit sind Lebenserfahrung, Berufserfahrung, interkulturelle Kompetenz und vieles andere mehr in den Vordergrund zu stellen, was sich nicht zwangsläufig durch ein wissenschaftliches Studium oder durch eine Befähigung zum gehobenen Verwaltungsdienst erwerben lässt. Deswegen diese Erweiterung!

Lassen Sie mich noch eines hinzufügen: Wenn man eine Praxis ändert - das muss ja möglich sein, Veränderung muss sein, wenn sich gute

Gründe dafür ergeben -, gibt es immer eine Praxis davor und eine Praxis danach, und dann hat man natürlich einen unterschiedlichen Bewerberkreis, theoretisch oder faktisch.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Hinners!

Abg. **Hinners** (CDU): Herr Bürgermeister, sehen Sie die Bewertung der Stellen in Zukunft auf dem gleichen Niveau wie bisher, oder sehen Sie dort Veränderungsbedarf?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Böhrnsen: Ich sehe die Bewertung auf dem Niveau wie bisher, weil ich die Aufgaben des Stadtteilmanagements, der Begleitung des Beirats, der Organisation von Bürgerbeteiligung ebenso werthaltig finde wie eine ordentliche Verwaltungstätigkeit in den bisherigen Bahnen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Nitz** (DIE LINKE): Herr Bürgermeister, Sie sprachen gerade davon, dass es sich um ein laufbahnfrees Amt handelt. Ist das Verfahren insoweit rechtssicher, als hierbei eine Anfechtbarkeit aufgrund der geänderten Ausschreibung ausgeschlossen werden kann?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Böhrnsen: Nach meiner Auffassung ist das Verfahren rechtssicher. Die Frage, die Sie stellen, ist immer zu konkretisieren auf eine Ausschreibung. Ich habe Ihnen gesagt, dass das bremische Laufbahn- und Beamtenrecht uns insofern keine Vorschriften macht, dass wir in dieser Weise wie geschehen ausschreiben können. Ich wiederhole: Es ist auf die neue Aufgabenstruktur, die wir bei den Ortsamtsleitungen sehen, ausgerichtet; deswegen gehe ich davon aus, dass diese Ausschreibung rechtssicher ist. Ob es am Ende eine Anfechtung gibt, hängt natürlich davon ab, ob etwaige Konkurrenten sich mit einem Ergebnis zufriedengeben oder nicht.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Busch** (SPD): Herr Bürgermeister, Herr Hinners hatte gerade nach der Bewertung gefragt. Können Sie uns zusichern, dass Ortsamtsleiter und Stadtteilmanager künftig nicht ehrenamtlich arbeiten müssen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Böhrnsen: Ich habe in dem gesamten, mittlerweile 18-monatigen Beratungsverfahren zum neuen Beiräterecht nicht einen dieser Vorschläge gehört, übrigens auch nicht, was die Zusammenlegung von Ortsämtern in Bremen-Nord betrifft. Ich gehe deswegen davon aus, dass wir die bewährte Struktur in eine neue politische und administrative Anforderung an die Ortsamtsleiter übersetzen werden. Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, dass ich die Ortsamtsleitungen für ein ganz wesentliches, unterstützendes Element für die lokale Demokratie vor Ort halte, und deswegen wollen wir sie auch so ausstatten, dass sie ihre Arbeit erfüllen können.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Verhängen von Sanktionen in der BAGIS**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Dr. Möllenstädt, Woltemath und Fraktion der FDP.

Bitte, Herr Kollege Dr. Möllenstädt!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Womit erklärt der Senat, dass bei gleichen fachlichen Weisungen in der BAGIS Bremen im Vergleich zur ARGE Job-Center Bremerhaven Sanktionen nur halb so häufig eingesetzt werden?

Zweitens: Wie beurteilt der Senat die Tatsache, dass unter 25-Jährige in Bremen deutlich häufiger von Sanktionen betroffen sind, unter Berücksichtigung von Untersuchungsergebnissen, die belegen, dass Sanktionen bei dieser Personengruppe erfolglos sind?

Drittens: Sieht der Senat in den vorliegenden Daten einen Anlass, den Mitarbeitern der BAGIS spezielle fachliche Hinweise zum zielgruppenspezifischen Einsatz von Sanktionen zukommen zu lassen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Sanktionen werden in beiden Arbeitsgemeinschaften entsprechend der bundesweit gültigen fachlichen Hinweise der Bundesagentur

für Arbeit zu Paragraph 31 SGB II erlassen. Mit Sanktionen werden in beiden Argen die rechtlichen Verstöße geahndet, die begangen worden sind. Weitergehende Erkenntnisse über die Gründe, die zu unterschiedlichen Sanktionsquoten führen, sind dem Senat nicht bekannt.

Zu Frage 2: Die Sanktionsquote der unter 25-Jährigen liegt in Bremen wie in allen Bundesländern deutlich über der durchschnittlichen Sanktionsquote. Ursache sind vermehrte Sanktionsanlässe dieser Altersgruppe, die auch auf die erhöhte Kontaktdichte zurückzuführen ist. Konkrete Untersuchungsergebnisse, die belegen, dass Sanktionen bei der Gruppe der unter 25-Jährigen nicht wirken, sind dem Senat nicht bekannt.

Die sogenannte „Paragraf-6c-Evaluierung“ des Bundes, auf die die Frage vermutlich abzielt, hatte nicht die Frage der Wirksamkeit von Sanktionen zum Gegenstand, sondern ging der Frage des Erfolgs von verschiedenen Modellen der Aufgabewahrnehmung im SGB II nach. Unter diese Modelle fallen die Typen „Arbeitsgemeinschaften“, „Optionskommunen“ und „Getrennte Aufgabewahrnehmung“. In der Studie wurde die Thematik des Förderns und Forderns und damit Sanktionen nur in Bezug auf den Erfolg der einzelnen Modelle mitbehandelt.

Zu Frage 3: Der Senat ist nicht für die Entwicklung fachlicher Hinweise zum zielgerichteten Einsatz von Sanktionen zuständig. Die Tatbestände, die in Paragraph 31 SGB II geregelt werden, fallen in die Zuständigkeit des Bundes. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Frau Senatorin, die BAGIS liegt, wenn man die Gesamtzahl nimmt, bei den Sanktionen nicht nur deutlich unter dem Schnitt Bremerhavens, sondern auch unter dem Bundesdurchschnitt. Sie sagen jetzt, es würden nur Verstöße geahndet. Deuten die Zahlen nicht auf einen zu nachsichtigen Umgang mit den Leistungsbeziehern in Bremen hin, oder gibt es in Bremerhaven doppelt so viele Menschen, die Termine versäumen oder Arbeitsangebote ablehnen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Zunächst einmal will ich ganz deutlich sagen, dass Sanktionen kein Selbstzweck sind. Sie sind nicht dafür da, jemanden zu disziplinieren oder auch abzustrafen, sondern es geht darum, hier eine Integration wahrzunehmen, und der von Ihnen unterstellte Zusam-

menhang, den Sie hier zwischen den Sanktionen und der Aufnahme von Arbeit herstellen, ist durch nichts zu belegen. Ich will das auch mit ganz aktuellen Zahlen aus dem Oktober 2009 noch einmal belegen, denn diese Zahlen bedeuten eher das Gegenteil. Es gibt keinen unmittelbaren oder gar kausalen Zusammenhang nach dem Motto „Viele Sanktionen - viele Integrationen“. Bremerhaven verzeichnet im Oktober 2009 26,6 Prozent seiner Abgänge aus Arbeitslosigkeit in Erwerbstätigkeit; die BAglS hier in Bremen bringt es auf 27,2 Prozent. Insofern ist der Zusammenhang, den Sie hier herstellen, nicht nachvollziehbar und nicht belegbar.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Frau Senatorin, Sie weisen in der Antwort auf eine Kleine Anfrage unserer Fraktion vom 13. Oktober 2009 darauf, dass Sanktionen als Maßnahme des Forderns nur wirken, wenn Arbeitslosen auch konkrete Perspektiven eröffnet würden. Stimmen Sie mir zu, dass Sanktionen erst genau dann eingesetzt werden, wenn beispielsweise Arbeitsangebote von Leistungsempfängern ausgeschlagen werden, die auch konkret gemacht worden sind?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Sanktionen beziehen sich hier auf den Paragraphen 31, und es ist nicht in jedem Fall so, dass es sich hier um das Nichtantreten von angebotenen Arbeitsstellen handelt, sondern möglicherweise spielen auch andere Dinge eine Rolle. Gleichwohl will ich noch einmal deutlich sagen, es ist hier eine Aufgabe - und das nehmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BAglS auch in Bremerhaven deutlich wahr -, die Menschen wieder in Arbeit zu bringen, das heißt, ihnen Jobs zu vermitteln. Das ist der Ansatz, den wir verfolgen, und nicht Sanktionen als Selbstzweck zu benutzen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Frau Senatorin, wenn ich an diesen Gedanken anknüpfen darf: Wenn man davon ausgeht, dass im Wesentlichen aber dann doch sanktioniert wird, wenn Termine versäumt oder konkrete Angebote von der BAglS ausgeschlagen werden, dann schließt sich für mich doch die Frage an: Ist es nicht vielleicht ein Grund für die niedrige Sanktionsquote in Bremen, dass die BAglS gerade in Bremen Ihren Kunden tatsächlich zu wenig Arbeitsangebote unterbreitet und zu selten Beratungstermine ansetzt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Es lässt sich hier aus den Zahlen, glaube ich, überhaupt nicht herauslesen, dass das der Fall ist. Ich will auch noch einmal darauf hinweisen, dass Sanktionen im Einzelfall natürlich notwendiger Bestandteil sein können und hier auch angewendet werden, und die Zahlen belegen in keiner Weise, dass in Bremen Sanktionen, wenn sie nötig sind, nicht ausgesprochen werden.

Lassen Sie mich noch einmal ganz deutlich sagen: Die Aufgabe, vor der wir insgesamt stehen, ist eine ganz andere, nämlich dass wir auch in den Argen bundesweit vor einem radikalen Umbau stehen, der ganz andere Anforderungen stellen wird und bei dem mir Sorgen macht, dass wir die Menschen, die wir unterstützen wollen und müssen, in dieser Phase gar nicht in der Art und Weise, wie wir es gern wollen, unterstützen können, weil wir mit anderen Dingen beschäftigt sein müssen, die uns jetzt aufgrund des Verlaufs der Diskussion um die Veränderung und Verfassungsgemäßheit der Aufstellung von Argen aufgebürdet werden. Ich glaube, das ist ein viel zentraleres Problem, von dem ich erwarte, dass es auf der Bundesebene sehr schnell gelöst wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Frehe!

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, ist Ihnen bekannt, dass von den Sanktionen, die ins Klageverfahren kommen, zwei Drittel von den Sozialgerichten als rechtswidrig aufgehoben werden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Die Zahlen sind mir so nicht bekannt, aber ich werde mir gern auch noch einmal die entsprechenden Zahlen von den Stellen aufbereiten lassen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, ist Ihnen bekannt, dass die meisten Sanktionen, die in Bremerhaven erfolgt sind, wegen Meldeversäumnissen erfolgt sind, und dass diese Meldeversäumnisse nur dann eine Sanktion nach sich ziehen dürfen, wenn diese Vorstellung tatsächlich zwingend erforderlich war, um die Eingliederung voranzubringen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ich gehe davon aus, dass das Bemühen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Argen als Allererstes zum Ziel hat, die Menschen wieder in Arbeit zu bringen, und sie hier auch in einem Dialog mit den Betroffenen versuchen, dies zu erreichen. Das ist, glaube ich, die Hauptaufgabe in den Argen und natürlich, wenn es keine andere Möglichkeit gibt, im Sinne des Forderns und Förderns auch zu sagen, hier muss etwas anderes geschehen, und hier müssen auch Zeitabläufe eingehalten werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, wie beurteilen Sie die Tatsache, dass in Verden zum Beispiel ganz auf Sanktionen verzichtet wird, wie aus der Tabelle hervorgeht?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Natürlich wird es Argen geben, die auch aufgrund ihrer Infrastruktur in dem regionalen Gebiet eine andere Möglichkeit der Vermittlung haben, als wir es möglicherweise in jedem Fall hier in Bremen haben. Ich würde mich freuen, wenn wir gänzlich darauf verzichten könnt.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde beschäftigt sich mit dem Thema „**Barrierefreiheit in Gaststätten**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frehe, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Frehe!

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie erklärt sich der Senat, dass in Bremen - laut einer Erhebung von Schülerinnen und Schülern der Gesamtschule Ost - die gesetzlichen Anforderungen der Barrierefreiheit des Gaststättengesetzes des Bundes für den Neubau, die erstmalige Errichtung, die wesentliche Erweiterung und den wesentlichen Umbau von Gaststätten nicht eingehalten wurden?

Zweitens: Wie gedenkt der Senat künftig die Einhaltung der Anforderungen der Bremischen Landesbauordnung für die dauerhafte Barrierefreiheit

und Nutzbarkeit bei der Genehmigung des Betriebs sicherzustellen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat begrüßt, dass die Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Ost die der Frage zugrunde liegenden Erhebungen durchgeführt haben. Die Feststellung, dass die an die Barrierefreiheit von Gaststätten zu stellenden gesetzlichen Anforderungen nicht eingehalten wurden, kann ohne Prüfung der Erhebungsergebnisse nicht nachvollzogen werden. Um die Feststellungen der Schülerinnen und Schüler bewerten zu können, wird bei den in die Erhebung einbezogenen Gaststättenbetrieben eine Überprüfung der Sach- und Rechtslage durch die zuständige Bauordnungsbehörde erfolgen.

Zu Frage 2: Mit Stichproben wird geprüft, ob die Vorschriften zur Barrierefreiheit eingehalten werden. Konkreten Hinweisen auf Missachtung der Rechtsvorschriften durch die Gaststättenbetreiber wird auf jeden Fall nachgegangen. Die Bauordnungsbehörden prüfen im Rahmen ihrer bauaufsichtlichen Aufgaben und das Stadtamt als zuständige Gaststättenbehörde auf der Grundlage des neuen Bremischen Gaststättengesetzes vom 24. Februar 2009.

Das Bremische Gaststättengesetz verpflichtet Gaststättenbetreiber, die nach den Bestimmungen der Bremischen Landesbauordnung hergestellte barrierefreie Benutzbarkeit und Erreichbarkeit der für Gäste bestimmten Räume dauerhaft sicherzustellen. Verstöße gegen diese Verpflichtung können von der Gaststättenbehörde als Ordnungswidrigkeit geahndet werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, es waren 26 Gaststätten, die aus der Baubehörde von Schülerinnen und Schülern genannt worden sind. Sie sagen, Sie überprüfen das jetzt noch einmal. Sind Sie bereit, der Baudeputation einen Bericht über diese Überprüfung zu geben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ja, das werden wir tun, zeitnah!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Mittlerweile ist interfraktionell vereinbart worden, den Tagesordnungspunkt 4, Kulturelle Teilhabe für alle durch Einführung eines Kulturtickets, Drucksache Nummer 17/400 S, und den hiermit verbundenen Tagesordnungspunkt außerhalb der Tagesordnung, Kulturelle Teilhabe für alle ermöglichen, Mitteilung des Senats vom 10. November 2009, Drucksache 17/419 S, für die heutige Sitzung auszusetzen.

Die Forderung an die Kunsthalle Bremen nach Rückgabe zweier Bilder von George Grosz

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 6. August 2009
(Drucksache 17/360 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 27. Oktober 2009 (Drucksache 17/412 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Herr Bürgermeister, dass Sie darauf verzichten wollen, sodass wir gleich in die Debatte eintreten können.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (DIE LINKE)¹⁾: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich fange meinen Redebeitrag damit an, die Situation, um die es geht, und den Hintergrund kurz darzustellen. Zu den künstlerischen Lebenswerken, die durch die nationalsozialistische Schreckensherrschaft, die Ächtung, das Verbot sogenannter entarteter Kunst, die Verfolgung und Enteignung von

Künstlern und Künstlerinnen, Galeristen und Galeristinnen besonders stark betroffen waren, gehört das Werk von George Grosz. Als Grosz am 12. Januar 1933 vor den Nazis nach Amerika floh, überließ er einen großen Teil seines Werkes dem Galeristen Alfred Flechtheim in Kommission. Dessen Galerie wurde 1933 von den Nazis geschlossen, auch Flechtheim musste fliehen.

Viele Bilder mussten bekanntlich seitdem die Besitzer mehrfach wechseln, und es ist nicht zu 100 Prozent geklärt, wie das im Einzelnen immer geschehen ist. Tatsache ist, die Erben von George Grosz bemühen sich seit Jahren, die verstreuten Bilder aufzufinden und unrechtmäßige oder fragwürdige Fälle von Erwerb rückgängig zu machen. Ihr Wunsch ist es, das Werk des Künstlers in einem George-Grosz-Museum zusammenzuführen, der Öffentlichkeit somit hervorragend zugänglich zu machen; als Standort ist unter anderen Berlin im Gespräch.

Die Kunsthalle Bremen erwarb nun in den Siebzigerjahren zwei Bilder von George Grosz, „Pompes funèbres“ von 1925 und „Stillleben mit Okarina und Muschel“ von 1931. Die Erben von George Grosz sehen die Herkunft der Bilder als problematisch an, ihren Erwerb durch die Kunsthalle als illegitim und fordern seit Jahren die Herausgabe der Werke. Gleiches geschieht in New York, wo derzeit ein Prozess in dieser Sache läuft.

Für Bremen haben wir eine Pattsituation, die von vielen Fachleuten und Fachjournalisten einmütig beklagt wird und Bremen nicht gut ansteht. Deswegen haben wir den Senat um eine Stellungnahme gebeten, die ist, das kann ich gleich sagen, aus meiner Sicht überwiegend positiv ausgefallen - ganz wichtig! -, und es kann hier Bewegung geben. Ich habe Hoffnung, ich sage, die anderen Beteiligten, die Erben haben Hoffnung, und auch die Fachwelt ist interessiert, wie wir zwischenzeitig lesen konnten. Allerdings muss ich auch kritisch sagen, es gibt auch Schattenseiten in dieser Erklärung, sodass ich insgesamt sagen kann „Zwei Schritte vor, einer zurück“ ist der Tenor dieser Erklärung, wie bei der Echternacher Springprozession.

Ich möchte die positiven Anteile zunächst vorstellen, und zwar anhand von drei Antworten. Es wird auf Frage 11 geantwortet: Der Senat geht davon aus, dass eine Klärung des Gesamtvorgangs im Sinne einer befriedigenden Lösung der Probleme wünschenswert ist. Volle Zustimmung von meiner Seite, von unserer Seite!

In der Antwort auf Frage 13 - darin geht es um den Restitutionsanspruch - schreibt der Senat: „Ob ein solcher Anspruch besteht, ist noch nicht

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

abschließend geklärt.“ Ausgezeichnet! Diese Klärung möchten wir gern - und dazu laden wir alle ein - ein Stück weit voranbringen, denn wir haben im Moment eine Pattsituation, in der sich nichts bewegt. Wenn nicht von irgendwo ein Anstoß kommt, ist auch nirgends zu erkennen, dass sich etwas bewegt, und mit diesem Anstoß wollen wir einen kleinen Beitrag leisten und laden alle dazu ein! Der Senat hat hier einen vergleichsweise großen Beitrag geleistet, indem er es mit „noch nicht abschließend geklärt“ formuliert hat.

Ein drittes und viertes Beispiel gehen über das hinaus, was wir gefragt haben. „Der Senat“, so wird auf Frage 15 geantwortet, „hat sowohl die Koordinationsstelle in Magdeburg als auch die Arbeitsstelle für Provenienzrecherche und den Bund von dem Fall in Kenntnis gesetzt.“ Das hatten wir noch nicht einmal vorgeschlagen, das finden wir hervorragend. Das geht in Richtung Hilfe von außen, die aufgrund einer Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Kommunen von 1999 extra eingerichtet worden ist, unter anderem von Kulturstaatsminister Neumann. Da sind diese Forschungsstellen eingerichtet worden.

Der Senat geht sogar noch weiter. Dem, was wir ganz bewusst überhaupt nicht erwähnt haben, fügt der Senat hinzu, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus der Antwort auf Frage 15: „Gegebenenfalls wird der Senat empfehlen, die beratende Kommission bei der Arbeitsstelle zu befassen.“ Diese beratende Kommission ist in Fachkreisen als sogenannte Limbach-Kommission bekannt. Die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts ist die Vorsitzende, und der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker gehört dazu. Dies wurde alles eingerichtet, um die Frage, ob ein Objekt NS-verfolgungsbedingt entzogen worden ist, wenn es denn strittig ist, zu klären. Der Senat hat dies hier selbst zum Thema gemacht, wir haben es ausdrücklich aus einem bestimmten Grund nicht vorgeschlagen, sodass der Senat hier ein Stück weit über unsere 24 Fragen hinausgeht.

Ich fasse noch einmal zusammen: Die Klärung der Probleme ist wünschenswert, der Restitutionsanspruch ist noch nicht abschließend geklärt, die Unterstützung der eingerichteten Forschungsstelle ist angebahnt, sage ich dazu, und auch die Empfehlung der beratenden Kommission, der sogenannten Limbach-Kommission, wurde initiativ ins Spiel gebracht, was aber im Übrigen - das muss ich sagen - die Kunsthalle selbst schon gemacht hat. Insofern hatten wir es auch in unserem Antrag erwähnt. Herr Professor Herzogenrath hatte dies schon im „Weser-Kurier“ zur Sprache gebracht, es passierte jedoch nichts. Wir sind sehr

froh, wenn in dieser Richtung jetzt etwas passiert. So viel erst einmal an dieser Stelle! - Danke!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Senkal.

Abg. **Senkal** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Während des Zweiten Weltkriegs hat Deutschland viele kostbare Kulturgüter in ganz Europa geraubt. Ganz besonders waren aber auch unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger von Enteignungen betroffen. Zur Angst um das eigene Leben kam zusätzlich noch die materielle Demütigung und der Verlust von Gegenständen, mit denen man Erinnerungen verband und die oft zur Familiengeschichte gehörten. Das war und ist selbstverständlich Unrecht und muss wiedergutmacht werden, wo es nur geht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lange Zeit ist man mit diesem Thema in Deutschland nur halbherzig umgegangen. Mit der Unterzeichnung der Washingtoner Erklärung zur Rückgabe von Kulturgütern hat Deutschland einen wichtigen Schritt zur Rehabilitation unternommen. Auch die Einrichtung der Datenbank für verlorene Kulturgüter ist ein gutes Instrument, um Kunst ihren rechtmäßigen Besitzern wieder zuzuführen.

Bei vielen ist die Sachlage eindeutig, Kunstwerke können klar als enteignet oder als Raubkunst identifiziert werden. Dann müssen sie den Erben zurückgegeben werden. Die Bremer Kunsthalle hat sich bei solchen Fällen in der Vergangenheit auch richtig verhalten.

Es gibt aber auch viele Fälle, bei denen die Lage nicht eindeutig ist, und um einen solchen Fall handelt es sich hier. Wir haben es hier mit einer ungeklärten rechtlichen Situation zu tun, die zwar für alle Seiten unbefriedigend ist, die aber weder der Senat noch wir hier auf dem parlamentarischen Weg irgendwie lösen können. Die Kunsthalle Bremen ist auch nicht als einziges Museum mit Rückgabeforderungen konfrontiert. Seit diesem Frühjahr ist zum Beispiel auch das Museum of Modern Art in New York im Rechtsstreit mit den Erben von George Grosz. Es ist also nicht so, dass die Kunsthalle als einzige auf einem bestimmten Standpunkt beharrt und damit allein auf weiter Flur steht.

Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Inhaltlich teilen wir natürlich das Bedürfnis der Linksfraktion, Unrecht wiedergutzumachen. Man kann

aber nur dann Unrecht wiedergutmachen, wenn sicher ist, dass die Kunstwerke auch unrechtmäßig den Besitzer gewechselt haben. Das ist hier nicht der Fall. Wir von der SPD-Fraktion können uns deshalb voll und ganz hinter die Antwort des Senats stellen. Wir hoffen, dass es nicht nur im Fall der Kunsthalle, sondern auch bei allen anderen Rückforderungen zur Einigung kommt. Diese Einigung zu erzielen, ist aber Sache der Beteiligten und nicht eine politische Frage, die wir hier im Parlament lösen können. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! DIE LINKE hat einen umfangreichen Fragenkatalog bezüglich der Forderung an die Kunsthalle Bremen nach Rückgabe zweier Bilder von George Grosz an den Senat gerichtet. Hintergrund ist ein ernstes Anliegen, das weltweit viele Museen und Kunstsammlungen betrifft, dass von den Nationalsozialisten beschlagnahmte Kunstwerke identifiziert und ihre ursprünglichen Eigentümer beziehungsweise deren Erben ausfindig gemacht werden sollen, um zu einer gerechten und fairen Lösung zu gelangen. Dies besagt die Washingtoner Erklärung vom 3. Dezember 1998. Der Senat schließt sich dieser Erklärung an, und wir Grünen begrüßen dies sehr.

Ohne Zweifel handelt es sich bei den NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern um ein beschämendes Kapitel deutscher Geschichte, und wir Grünen begrüßen daher jeden Schritt, der bei identifizierten Kunstwerken ihren ursprünglichen Eigentümern oder deren Erben zu ihrem Recht verhilft. Dies kann auch im Einvernehmen mit den Erben geschehen, etwa indem Museen einen finanziellen Ausgleich an die Erben zahlen, so wie es jüngst der Kunstsammlung Böttcherstraße gelungen ist, nunmehr drei Werke des Nachfahren von Ottmar Strauß rechtmäßig zu erwerben. Wir Grünen haben uns sehr dafür eingesetzt, und wir sind dem Senat und dem Museumsleiter Herrn Dr. Stamm sehr dankbar dafür, dass dies durch gemeinsame Kraftanstrengung gelungen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine faire und gerechte Lösung für NS-verfolgungsbedingt entzogenes Kulturgut zu finden ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, vor der sich niemand drücken kann. Dies tut in Bremen auch niemand, auch die

Kunsthalle Bremen nicht. Im Gegenteil, der Kunstverein hat durch seine eigene Provenienzforschung in zwei Fällen die Restitutionsforderung der Erben anerkannt. Was nun die Gemälde von George Grosz betrifft, so handelt es sich hier um ein laufendes rechtliches Verfahren. Die Kunsthalle und der Kunstverein als ihr rechtlicher Träger sind privat. Daher teilen wir die Auffassung des Senats, dass er in rechtlicher Hinsicht keine Mitverantwortung trägt, sich gleichwohl aber in einer politisch-moralischen Pflicht gegenüber den Opfern des unter dem Nationalsozialismus begangenen Unrechts befindet.

Zu einem laufenden rechtlichen Verfahren kann der Senat aus unserer Sicht keine Stellung beziehen, dies sagt der Senat auch sehr deutlich. Auch die Bürgerschaft kann in diesem Fall nicht entscheiden. Es ist nicht unsere Aufgabe, uns zum Anwalt eines der sich im Rechtsstreit befindlichen Anwälte zu machen. Der Vorstand des Kunstvereins hat uns und auch Ihnen, Herr Kollege Beilken, in der letzten Vorstandssitzung versichert, dass jeder einzelne Fall sorgfältig geprüft wird. Wir haben keinen Anlass, daran zu zweifeln.

Ich bin nicht davon überzeugt, dass Ihre Große Anfrage der Sache dienlich ist. Der Senat ist in diesem Fall nicht verfahrensbeteiligt und muss sich aus unserer Sicht einer Bewertung enthalten. Wir teilen daher auch die Auffassung des Senats, dass er das Verfahren nicht beschleunigen kann. Es ist zudem sehr fraglich, ob eine öffentliche Austragung des Konflikts vor dem Hintergrund eines laufenden Verfahrens der Sache dient. Wichtig erscheint uns Grünen, dass die Museen und Kunstsammlungen in die Lage versetzt werden, ihre Provenienzforschung weiterzuführen, und dass es uns gelingt, bei Restitutionsansprüchen der Erben eine faire und gerechte Lösung zu finden, so wie es in der Kunstsammlung Böttcherstraße geschehen ist. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kau.

Abg. **Kau** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst auf die Vorredner eingehen! Herr Beilken, uns erstaunt schon, dass Sie in dieser Pattsituation so einseitig Stellung beziehen. Da wird ein Misstrauen gegenüber einem privaten Kunstverein und einer Kunsthalle deutlich, das unseres Erachtens in keiner Weise

¹⁾ Von der Rednerin/vom Redner nicht überprüft.

berechtigt ist. Frau Krusche hat es richtig dargestellt, der Kunstverein hat sich in all diesen Dingen aktiv wie passiv bisher immer sehr korrekt verhalten, und ich glaube, dass das nach wie vor in besten Händen ist. Ich verbitte mir in diese Richtung jedwede Unterstellung!

(Beifall bei der CDU)

Das, was Herr Senkal dargestellt hat, kann ich über alle Parteigrenzen hinweg hundertprozentig teilen, das ist sachlich richtig dargestellt, und dem schließen wir uns an, da es Allgemeingültigkeit hat und vollkommen richtig ist. Frau Krusche hat es noch mal in den Gesamtzusammenhang gestellt - auch mit der Böttcherstraße, für die sich nicht nur der Kulturstaatsminister, sondern vor allem Bremen mit der Kulturbehörde sehr intensiv eingesetzt haben - und es als gesamtgesellschaftliche Aufgabe richtig geschildert.

Ich glaube, die Kernaussage ist, die Bürgerschaft ist nicht das entscheidungsbefugte Gremium, in das diese Debatte gehört. Deswegen erscheint sie mir hier sowohl in der Sache als auch den Beteiligten gegenüber unangemessen und wenig zielführend. Dementsprechend wäre sie nach der Überzeugung meiner Fraktion heute hier im Parlament besser unterblieben. Schade, dass sich keine fraktionsübergreifende Einigkeit jenseits der LINKEN diesbezüglich herstellen ließ!

(Beifall bei der CDU)

Cui bono, wem zum Nutzen, fragt man sich! Hat DIE LINKE sich - hier speziell in Person von Herrn Beilken - von irgendjemanden instrumentalisieren lassen? Warum diese detailverliebte Große Anfrage in einem schwebenden Verfahren? Warum bei noch unklarer Bewertung des Ausgangs des Verfahrens die nicht nur zwischen den Zeilen so einseitige Parteinahme zugunsten von Verfahrensbeteiligten, die offensichtlich selbst in der Lage sind und sein sollten, ihre Anliegen, sofern sie berechtigt sind, vorzutragen und durchzusetzen? Insofern, Herr Böhrnsen, stimme ich ausnahmsweise einmal klar und eindeutig der Beurteilung durch den Senat und die Kulturbehörde zu, die unter Antwort 18 feststellt, ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren: „Eine öffentliche Austragung des Konflikts ist vor dem Hintergrund des laufenden Verfahrens weder angezeigt noch zielführend.“

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Nicht die Positionen der Parteien sind strittig, sondern deren Bewertung, und dazu kann, liebe Abgeordnete der LINKEN, Ihre Anfrage nun wirklich gar nichts beitragen. Was nicht konstruktiv,

sachlich und letztlich pro-bremisch ist, sollten Sie auch einer parlamentarischen Behandlung ersparen! Frau Krusche, dass nationalsozialistisches Unrecht, sofern es eindeutig festgestellt ist, versöhnend zu einem Ausgleich und auch zu Restitutionsansprüchen führen sollte, ist, glaube ich, wohl allgemein unstrittig und weltweit anerkannt. Darin sind sich auch alle Bremer Kunsteinrichtungen einig. Ich glaube, diesbezüglich braucht insbesondere die geschätzte Kunsthalle von der Fraktion DIE LINKE keine Nachhilfestunde, und der Auftritt von Herrn Beilken im Vorstand des Kunstvereins war, glaube ich, eher peinlich als zielführend.

Von unserer Seite genießt der Kunstverein mit seinen gewählten Gremien, den verantwortlich handelnden Personen, sei es hauptamtlich oder ehrenamtlich, uneingeschränktes Vertrauen, auch in dieser Sache: Schließlich bemüht man sich dort in anderer Angelegenheit selbst um Rückgaben für das eigene Haus. Bei solchen Anliegen gilt es, behutsam, argumentativ bedacht und mit der angemessenen Diskretion vorzugehen. Wenig hilfreich sind hier öffentliche Diskussionen oder gar moralische Zeigefinger, mit denen juristische Bewertungen gefordert werden, die schwierig und komplex sind.

Zudem ist der Senat als nicht am Verfahren beteiligt der falsche Adressat Ihrer Anfrage, Herr Beilken. Dementsprechend wiederholt die Antwort auch stereotyp die Aussage, dass man zwar informiert, aber nicht verfahrensbeteiligt und somit nicht zur abschließenden juristischen Bewertung berechtigt sei. Diese Antwort hätten sich die Fragesteller auch selbst geben können. Es bleibt also vertrauensvoll abzuwarten, wie das Verfahren ausgeht. Der Kunstverein wird diesen Vorgang - davon sind wir überzeugt - zu handeln wissen und zu einem guten Ergebnis führen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind uns hier im Haus sicher einig, dass die Frage der Restitution von Kulturgütern sehr sensibel gehandhabt werden muss. Die moralische Verantwortung, die wir - die Politik - genauso wie Unternehmen, Vereine und andere Institutionen haben, steht dabei außer Frage. Mit der schon erwähnten Washingtoner Erklärung ist es gelungen, eine angemessene Grundlage für den Umgang mit der Rückgabe der von den Nazis, manche sagen enteigneten, andere sagen, verfolgungsbedingt entzogenen -

ich finde quasi geraubten - Kulturgütern zu finden. Allerdings gibt es immer wieder Streitigkeiten wie in diesem Fall.

Die FDP-Fraktion im Bundestag hat daher nicht umsonst schon eine Nachfolgekonferenz für Deutschland gefordert, die die Erfahrungen sammelt und zeigt, wie wir in Deutschland offensiv mit diesem Thema, diesen Fragen umgehen. Es gibt auf diesem Feld noch viel zu tun. Die Provenienzforschung, die Herkunftsforschung, muss gestärkt werden, und Kompetenzen in Restitutionsverfahren, in eben diesen Wiedergutmachungsverfahren, müssen gebündelt werden. Die neue Bundesregierung aus Union und FDP hat dieses Thema in ihrem Koalitionsvertrag gesondert vermerkt und stellt sich der Verantwortung, die Deutschland in dieser Frage hat.

Am vorliegenden Fall zweier Gemälde aus dem Bestand der Bremer Kunsthalle lässt sich sehen, dass sich auch private Institutionen in Deutschland dieser Verantwortung stellen und offen mit den auftauchenden Fragen umgehen. Der Kunstverein, so unsere Wahrnehmung, Herr Beilken, trägt seinen Teil zur Aufklärung der Herkunft der Kunstwerke bei. Er arbeitet an der Aufklärung aktiv mit, er verschließt sich nicht, bewahrt gleichzeitig trotz alledem seine Rechte. Ich freue mich, dass der Kunstverein seiner Verantwortung gerecht wird, und, dies muss abschließend gesagt werden, es ist auch seine und nicht unsere Verantwortung.

(Beifall bei der FDP)

Die Kunstwerke sind Eigentum des Kunstvereins und nicht der Freien Hansestadt Bremen. Als private Institution unterliegt er der moralischen Verpflichtung, die Herkunft der Bilder und die Umstände, unter denen sie in seinen Besitz gelangten, zu klären. Wir als Parlament dürfen es uns nicht anmaßen, in ein laufendes Verfahren zwischen Privaten - und ich wiederhole zwischen Privaten - einzugreifen. Es ist eine Angelegenheit, die zwischen den beiden streitenden Parteien geklärt werden muss und in die sich die Politik nicht einmischen muss.

Das Verfahren ist, was wir als FDP sehr loblich finden, bisher sehr transparent gelaufen, und es findet eine sachliche Auseinandersetzung statt. Wir von der FDP-Bürgerschaftsfraktion hoffen, dass dies auch weiterhin der Fall sein wird und die beiden Partner sich in diesem Fall nicht vor Gericht streiten müssen. Ich sage zu der LINKEN: Mit Ihrer Frage haben Sie an einem ungeeigneten

Ort einen untauglichen Versuch unternommen, die Sache voranzubringen. - Danke schön!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken (DIE LINKE)**^{*)}: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir, zunächst direkt auf die Vorrednerinnen beziehungsweise Vorredner einzugehen, insbesondere auf die Formulierung, es handele sich um ein laufendes Verfahren! Wie Frau Krusche für die Grünen sagte, ein laufendes rechtliches Verfahren, wie sie noch einmal sagte, vor dem Hintergrund eines laufenden Verfahrens, es sagte auch zuletzt Herr Kau, dass wir ein schwebendes Verfahren hätten, dass wir abwarten, wie das Verfahren ausgeht. Ich frage Sie allen Ernstes: Was für ein Verfahren meinen Sie? Wenn Sie mir sagen, dass ein Verfahren läuft, dann ist für mich alles erledigt. Ich möchte gerade den Stillstand vermeiden. Ich möchte das Verfahren, und wenn es läuft, kann es nichts anders sein, als dass die Schiedskommission, die dafür angerufen ist, einberufen wird. Die Schiedskommission betrifft es dann, wenn die Fakten ausgeforscht sind, soweit sie erforschbar sind, das sagen beide Seiten. Wenn aber beide Seiten die Fakten unterschiedlich interpretieren, gibt es dafür diese Schiedskommission, es geht sonst nicht voran.

Wenn Sie sagen, das Verfahren läuft auch so, bitte belehren Sie mich, wenn das Verfahren, dass Sie öfter angesprochen haben, läuft! Wenn auf ein Verfahren gewartet werden kann bis zum Abschluss, wie Herr Kau sagte, dann ist die Sache für mich erledigt, dann müssen wir uns sogar ein Stück weit korrigieren, dann wäre tatsächlich alles nicht nötig. Wir hatten den Eindruck, es ist Stillstand. Klären Sie mich auf, und ansonsten schließen Sie sich dem Aufruf an, hier ein Verfahren am Laufen zu halten, ein Verfahren zu befürworten, in welcher Form auch immer, sage ich! Aber Stillstand haben Sie wahrscheinlich nicht gemeint, und das ist, muss ich sagen, mein Eindruck. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Böhrnsen.

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte niemals und nir-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

gendwo in einem Museum, in einer Ausstellung vor einem Kunstgegenstand stehen, der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern geraubt worden ist. Das ist der Kern, um den es geht!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was man von dem Unrecht der Nazizeit noch wiedergutmachen kann, und das ist nicht viel, das wollen wir tun. Dazu gehört natürlich, dass man geraubtes, verfolgungsbedingt entzogenes Eigentum zurückgibt, und das bedeutet selbstverständlich auch, dass man Kulturgüter zurückgibt. Dafür gibt es Erklärungen, Verständigungen, die sind in der Antwort auf die Große Anfrage zitiert worden, daran fühlt sich nicht nur der Senat gebunden, sondern - und dafür bin ich dankbar - auch die bremischen Kultureinrichtungen. In der Antwort des Senats ist auch aufgeführt, dass die Kunstsammlung Böttcherstraße, das Focke-Museum und natürlich auch der Kunstverein bereits Restitutionsansprüche erfüllt haben.

Wir reden über einen aktuellen Fall der zwei Bilder von George Grosz, in dem - ich denke, das haben Sie auch alle so gewürdigt - kann der Senat nicht anders antworten als geschehen. Es ist ein Verfahren, nämlich eine Verhandlungsphase zwischen zwei Partnern, den Erben und der privaten Einrichtung Kunstverein, und in diese rechtliche Situation kann der Senat nicht mit einer eigenen Bewertung, erst recht nicht mit Ratschlägen oder Anweisungen eingreifen. Aber - auch das können Sie der Antwort des Senats entnehmen - wir stehen nicht uninteressiert an der Seite, sondern wir wollen unserer politisch-moralischen Verpflichtung gerecht werden. Wir lassen uns regelmäßig als Kulturressort vom Kunstverein informieren, und wir haben ausdrücklich gesagt, wir halten es für über die Maßen wünschenswert, dass es ein Ergebnis in dieser Frage gibt. Wir wollen hilfreich und unterstützend sein, wo es nur geht, auch das haben wir ausgeführt, auch das ist angesprochen worden.

Ich will als Letztes sagen, ich habe den festen Eindruck, dass sich der Kunstverein der Verantwortung bewusst ist, um die es in dieser Frage geht. Deswegen hat der Kunstverein jedenfalls auch mein Vertrauen, dass er mit dieser Angelegenheit angemessen und verantwortungsbewusst umgeht. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (DIE LINKE)^{*)}: Verehrter Herr Bürgermeister und Kultursenator, vielen Dank für diese Ausführungen, die die Wichtigkeit und auch die Anteilnahme an dieser Thematik unterstützen! Ich darf für die Beteiligung des Senats hier den Paragraphen 26 aus den Gesetzen des Kunstvereins darstellen. Da heißt es: „Der Vorstand besteht aus 15 aus den ordentlichen Mitgliedern und Ehrenmitgliedern gewählten und fünf vom Senat bestimmten Personen. Letztere haben in Vorstandsangelegenheiten die gleichen Rechte wie die vom Verein gewählten Vorstandsmitglieder.“ Ich sage, sie haben auch die gleiche Verantwortung!

Wir haben die gleichen Rechte und Pflichten und die gleiche Verantwortung wie die anderen Vorstandsmitglieder. Wir sind vom Senat offenbar bestellt, vier Abgeordnete und die Staatsrätin, und wir haben dort eine Verantwortung, das liegt unmittelbar auf der Hand. Wenn wir sie in dem Sinne, wie der Bürgermeister und auch alle anderen es gerade gesagt haben, für einen Fortschritt dieses Verfahrens einsetzen, dann ist es sehr gut, und wenn irgendjemand hier die Hoffnung äußert, dass da irgendein Verfahren irgendwie weitergeht, würde mich das freuen. Nun sind wir am Ende der Debatte. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir uns alle hier ein weitergehendes Verfahren wünschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE Kenntnis.

Haltestellen barrierefrei gestalten!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 27. Oktober 2009
(Drucksache 17/413 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Barrierefreiheit, da

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

sind wir uns in diesem Haus schon seit Längerem alle einig, ist eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe, der wir uns stellen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Dies gilt sowohl für den Bereich der Gastronomie, Thema der heutigen Fragestunde, das gilt für die Postfilialen, Thema der Fragestunde in der letzten Stadtbürgerschaftssitzung, das gilt für den Internetzugang, Stichwort Informationsfreiheitsgesetz, und das gilt natürlich auch für die Haltestellen der BSAG. Das Thema Barrierefreiheit spielte auch eine große Rolle bei der Novellierung der Landesbauordnung, auch darüber ist heute schon gesprochen worden.

Doch Papier ist bekanntlich geduldig. Ich denke, in Zeiten leerer Haushaltskassen ist es richtig, sich einmal über alternative Finanzierungsmodelle Gedanken zu machen. Die Hände in den Schoß zu legen genügt hier nicht, und auf bessere Zeiten zu hoffen, da hoffen wir wahrscheinlich noch in langer Zeit auf bessere Zeiten, zumal die demografische Entwicklung - wir werden alle älter, grauer und unbeweglicher - rasant voranschreitet.

Bremen versucht zu Recht, Geldquellen zu finden und vorhandene dazuzubringen, dass sie noch besser sprudeln. Mein Beispiel dafür sind die derzeitigen Überlegungen, die Werbeflächen besser zu vermarkten. Die Idee „Geld gegen Namen“ ist auch in Bremen nicht neu. Die Stadthalle heißt noch AWD-Dome, und man hofft, kurzfristig einen neuen Geldgeber zu finden, dann auch mit einem neuen Namen für die Stadthalle. Wenn kein Geld da ist, um zeitnah die Haltestellen der BSAG barrierefrei umzugestalten, sollte dies unser Ansatz sein, darüber nachzudenken, ob nicht auch hier die zeitweilige Überlassung von Namensrechten eine geeignete Geldquelle wäre.

(Beifall bei der FDP)

Vielleicht wäre es für das Schuhhaus Müller, Meyer oder Schulze ein attraktives Marketinginstrument, wenn zukünftig in der Straßenbahn die Ansage kommen würde, das freundliche Schuhhaus Müller, Meyer oder Schulze an der XY Straße. Dieser Antrag ist, wie aus diesem Beispiel deutlich wird, so zu verstehen, dass „Geld gegen Namen“ nicht davon abhängig ist, ob eine Haltestelle bereits barrierefrei ist oder nicht. Es ist allerdings sicherzustellen, dass die möglichen Einnahmen auch wirklich zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der FDP)

Ich meine, es lohnt sich doch, über diesen Ansatz nachzudenken und die Vermarktungschancen einmal näher zu analysieren. Eigentlich ging ich davon aus, dass unser Antrag ein Selbstgänger ist, aber die Spatzen pfeifen es schon vom Dach, dass eine Zustimmung vonseiten der rot-grünen Regierungskoalition nicht zu erwarten ist. Manchmal gilt aber: Gut Ding will Weile haben. Ich hoffe darauf, dass möglicherweise unserem Antrag auf Überweisung in die Baudeputation mit Mehrheit zugestimmt wird. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Erlanson.

Abg. **Erlanson** (DIE LINKE)^{*)}: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde, um es einmal ganz einfach zu sagen, das ist wieder einmal so ein neoliberales Bubenstück der FDP, das hier abgeliefert wird, weil man doch einmal deutlich sehen muss, dass wir natürlich alle parteiübergreifend hier in dieser Stadtbürgerschaft dafür sind, dass es Barrierefreiheit geben soll und Barrierefreiheit geben muss, gerade auch bei Haltestellen, damit die Mobilität gewährleistet ist. Ich glaube, das braucht man wirklich nicht weiter auszuführen.

Dann aber einen Antrag zu schreiben, der auch noch zeitlich begrenzte Namen vorsieht, das muss man sich einmal vorstellen! Dann heißt die eine Haltestelle vier Wochen lang Beck's-Haltestelle, und vier Wochen danach heißt sie dann Karstadt-Haltestelle und dann vielleicht Jacobs-Haltestelle. Ich finde es völlig absurd, was darin steht! Deshalb sage ich ganz kurz und bündig, wir müssen uns überlegen, wie man Barrierefreiheit herstellen kann, wenn sie nicht an allen Haltestellen gegeben ist. Ja, da stimmen wir der FDP zu, aber nicht mit solchen obskuren Modellen. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn Herr Erlanson gesagt hat, das ist alles so klar und selbstverständlich, wir brauchen darüber nicht noch einmal zu reden, wir sind alle dafür, dass Bremen barrierefrei gestaltet werden soll, finde ich es wichtig, trotzdem noch ein-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

mal zu erwähnen, dass Haltestellen barrierefrei werden sollen, weil man es nicht oft genug erwähnen kann, denn - das wissen wir alle - es ist ein Problem und eine enorme Herausforderung, der wir uns ständig stellen sollen. Mir liegt das Thema barrierefreie Haltestellen besonders am Herzen, aus dem Grund habe ich das Problem schon öfter in der Baudeputation angesprochen. Warum? Weil Mobilität eine Grundvoraussetzung ist, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Mobilitätseingeschränkte Menschen wollen und sollen so weit wie möglich am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Das bedeutet natürlich auch, dass sie sich mit Bussen und Straßenbahnen uneingeschränkt in der Stadt fortbewegen können müssen.

Wir sollten - das möchte ich auch noch einmal unterstützen - alle Anstrengungen unternehmen, dass sich behinderte Menschen in Bremen barrierefrei fortbewegen können. Dazu gehört natürlich der barrierefreie ÖPNV, also auch Haltestellen. Letztendlich aber muss es ein Anliegen bei allen Neubauten und bei allen Sanierungen sein, und das ist uns Grünen wichtig, deswegen noch einmal die Betonung: Bremen muss die Barrieren endlich abbauen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der LINKEN)

In Bremen gibt es etliche Haltestellen, die nicht barrierefrei sind, wie zum Beispiel die in der Norderländer Straße in Huchting oder auch in der Richard-Boljahn-Allee, auf die wir nachher noch einmal zu sprechen kommen. Es wurde vorhin schon gesagt, die Sanierung und der Umbau zu barrierefreien Haltestellen seien teuer. Zum Beispiel besagt die Antwort auf meine Anfrage am 5. Juni 2008 in der Baudeputation zur behindertengerechten Umgestaltung der Norderländer Straße, dass allein dort die Einrichtung von Fahrstühlen schon 600 000 Euro kosten wird, zusätzlich zu 10 000 bis 15 000 Euro jährlich an Unterhaltungskosten. Das macht nur einmal die Dimensionen klar, und das ist nur eine Haltestelle von vielen in Bremen.

Es wurde vorhin auch gesagt, wir wissen, mit dem Bremer Haushalt steht es nicht zum Besten, und wir müssen schauen: Wie können wir das Geld aufbringen, um die Haltestellen sanieren zu können? Daher finde ich es gut - und das ist jetzt erst einmal in Richtung FDP gesagt -, sich über alternative Finanzierungsideen Gedanken zu machen. Allerdings sehe ich den Vorschlag, wie er uns hier heute von der FDP unterbreitet wurde, nämlich die Haltestellen über Unternehmenssponsoring zu finanzieren und im Gegenzug die Haltestellen

zeitlich begrenzt mit dem Unternehmensnamen zu benennen, zunächst als problematisch an.

Vielleicht auch noch einmal als Hintergrund: Wir befinden uns in der Wirtschaftskrise. Tagtäglich werden wir mit Nachrichten konfrontiert, dass viele Bremer Unternehmen Kürzungen vornehmen müssen, sei es beim Lohn, sei es bei Arbeitsplätzen, sei es in Form von Kurzarbeit, um überlebensfähig zu sein. Ich finde, in einer solch angespannten Situation zu glauben - vielleicht haben Sie schon Beispiele, Herr Richter, von Unternehmen, die sagen: Ja, das machen wir! -, dass einem die Unternehmen die Tür einrennen, um mit solch hohen Beträgen zu sponsern, halte ich erst einmal nicht für sehr realistisch.

Ein besonderes Problem ist, wenn die Haltestellen, wie die Norderländer Haltestelle, sich örtlich ganz woanders befinden als die Firmen, die womöglich Geld geben. Nehmen wir einmal an, eine Brauerei in Bremen würde Geld sponsern, dann stellt sich die Frage, ob sie nicht eher eine Haltestelle da benennen will, wo sich auch ihr Standort befindet, als an einer ganz anderen Stelle. Was machen wir, wenn wir, weil es so hohe Summen sind, mehrere Sponsoren brauchen? Haben die Haltestellen dann mehrere Namen, weil sich die Sponsoren quasi die Kosten teilen müssen?

Ein weiteres Problem fachlicher Art sehe ich auch darin, dass es in Bremen einen Werbevertrag mit einer Firma gibt, die alle Haltestellen durch Werbung finanziert unterhält. Ich glaube, dass es nicht einfach ist, aus einem solchen Vertrag herauszukommen und zu sagen, jetzt werden die Haltestellen noch einmal anders benannt, wenn es da schon finanzielle und Werbeinteressen dieser Firma gibt. Ich glaube - da stimme ich Herrn Erlanson zu -, als Fahrgast möchte man wissen: Wo befindet sich die Haltestelle? Eine ständige und - das fordern Sie ja - zeitlich begrenzte Umbenennung führt eher zur Verwirrung aller Fahrgäste, weil sie nicht wissen: Wo ist die Haltestelle, die vor ein paar Monaten noch ganz anders hieß? Ich denke, die Akzeptanz und kundenfreundliche Nutzung des ÖPNV - und dazu gehört eben auch die verlässliche Orientierung an Haltestellennamen - müssen weiter sichergestellt werden, besonders vor dem Hintergrund, dass wir die im BSAG-Kontrakt festgeschriebenen Ziele der Fahrgastzahlen erreichen wollen. Außerdem müsste man sich noch einmal darüber unterhalten, welche Firmen und welche Unternehmen werben dürften und welche nicht.

Um zum Abschluss zu kommen: Ich glaube, vor einem solchen Antrag sollten wir uns generell darüber verständigen: Wollen wir ein ein solches öffentliches Sponsoring im großen Maßstab im öf-

fentlichen Raum, zum Beispiel auch bei Straßensanierungen, nicht nur bei Haltestellen? Wir sollten sicherlich noch einmal in der Baudeputation debattieren, wie wir ansonsten Gelder akquirieren können, um die Umgestaltung der Haltestellen voranzutreiben. Wie gesagt, dieses Thema, dass wir die Haltestellen barrierefrei haben wollen, ist uns sehr wichtig. Daher setzen wir uns dafür ein, dass im Rahmen der Haushaltsaufstellung auch Haushaltsstellen zum Thema Barrierefreiheit eingerichtet werden. Geld gegen Namen aber, das sehen wir in dieser Form, wie dieser Antrag gestellt worden ist, nicht. Daher lehnen wir den Antrag ab. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hamann.

Abg. **Hamann** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine lieben Damen und Herren! Herr Kollege Richter, die Spatzen pfeifen richtig. Wir als SPD-Fraktion haben uns mit dem Thema beschäftigt, haben es diskutiert und sind zu der Einschätzung gekommen, diesen Antrag abzulehnen.

Warum lehnen wir diesen Antrag ab? Es ist schon viel dazu gesagt worden. Nicht, weil er inhaltlich falsch ist, Herr Kollege Richter! Wir haben das Thema Barrierefreiheit in der Baudeputation regelmäßig und vollkommen richtig herausgearbeitet. Das Stichwort Norderländer Straße haben wir erst vor drei oder vier Sitzungen wieder thematisiert. Das heißt: Wir beschäftigen uns ständig damit! Es geht also nicht darum, dass wir hier für das Thema kein Ohr haben.

(Abg. Richter [FDP]: Lösungen brauchen wir!)

Vollkommen richtig, zu einem Lösungsansatz komme ich gleich! Die Umbenennung von Haltestellen alle paar Wochen stelle ich mir sehr schwierig vor. Sie haben dann vielleicht eine Haltestelle wie den Flughafen, dort muss es noch auf englisch oder französisch gemacht werden. Das ist, glaube ich, nicht so sinnvoll. Um es ganz kurz zu machen: Vor diesem Hintergrund lehnen wir den Antrag ab, es ist schon ausgeführt worden.

Herr Kollege Richter, Sie haben vollkommen richtig auf einen Lösungsansatz hingewiesen. Stichwort leere Kassen, zuhören, jetzt wird es wichtig: Wir hatten in der letzten Bürgerschaftssitzung hier das Thema leere Kassen. Es gibt eine neue Bun-

desregierung, und wenn ich es richtig verstanden haben, werden die Maßnahmen, die dort geplant sind, zur Folge haben, dass wir es als Bremen mit einer Summe von 160 Millionen Euro - ist da, glaube ich, genannt worden - zu tun haben. Herr Richter, werden Sie tätig! Sorgen Sie dafür, dass solche Dinge nicht umgesetzt werden!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen - Zurufe von der FDP)

Wer schimpft, hat unrecht! Dieser Umbau ist in erster Linie Sache der Stadt und muss nicht mit privatem Namenssponsoring betrieben werden. Dementsprechend lehnen wir den Antrag ab, das haben wir schon gesagt. - Danke!

(Beifall bei der SPD und beim
Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich könnte das ja noch einmal eben zusammenfassen.

(Heiterkeit)

Ich möchte aber zu dem letzten Redner noch einmal sagen, so, wie Sie sich der Sache angenommen haben, ist die Sache nicht gerecht behandelt worden.

(Beifall bei der CDU)

Es ist natürlich ein vollkommen legitimes und richtiges Anliegen der FDP, und wir sind uns im Hause einig darüber und haben an vielen Stellen schon darüber debattiert, wie man es erreichen kann, dass man flächendeckend, insbesondere bei Haltestellen der Straßenbahn und bei Bahnhöfen, Barrierefreiheit herstellen kann. Wir mussten natürlich auch jedes Mal bei den Diskussionen feststellen, dass die Haushaltsmittel begrenzt sind, dass wir das Geld nicht drucken und nicht neu erfinden können und das eben immer nur so weit machen können, wie Gelder vorhanden sind. Deswegen ist es im Prinzip völlig richtig, dass sich die FDP darüber Gedanken macht: Wie kann man vielleicht außerhalb von Haushaltsmitteln dazu kommen, dass Barrierefreiheit an den Haltestellen hergestellt werden kann?

Ich bin allerdings jetzt mit Frau Schaefer auch der Meinung, dass dies nicht richtig durchdacht und ausgearbeitet worden ist,

(Zurufe von der FDP)

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

denn es ist natürlich sehr schwierig, weil viele Menschen sich darum reißen könnten, allein in der Innenstadt fünf oder sechs Anwaltssozietäten oder sonst etwas, Haltestellen nach ihrem Namen benannt zu bekommen.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Geht das im Landesrecht?)

Natürlich ist das heutzutage möglich! Oder wenn andere Firmen oder Supermärkte an zentralen Stellen sind, das halte ich für völlig illusorisch, deswegen kommt das für uns auch nicht infrage!

(Beifall bei der CDU)

Ich hätte es daher gut gefunden, wenn wir den Antrag in die Baudeputation überwiesen hätten, um darüber nachzudenken, ob wir Alternativen zu Haushaltsmitteln haben, außer diesem privaten Sponsoring mit der Umbenennung von Haltestellen, das halte ich nicht für den richtigen Weg. Es gibt aber vielleicht auch noch andere Möglichkeiten, wie man es vielleicht hinbekommen kann, dass es schneller geht. Wir hätten einer Überweisung zugestimmt, dem Antrag können wir aber leider nicht zustimmen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Hamann, Polemik bringt uns beim Thema Barrierefreiheit sicherlich überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei der FDP)

Wer aus unserem Antrag in irgendeiner Form etwas von stundenweiser Vergabe oder monatlicher Vergabe herausgelesen hat, dem möchte ich die Fähigkeit zu lesen absprechen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist doch hier ganz deutlich ausgedrückt, dass es um viel Geld geht. Wenn man viel Geld in die Hand nimmt, wird es ähnlich sein wie beim AWD-Dome, den habe ich als Beispiel genannt, dass da sicherlich über Zeiträume von vier oder fünf Jahren nachgedacht wird und nicht über kürzere Zeiträume.

Es ist natürlich auch gut, wenn man sein Redemanuskript, bevor man die Rede hält, noch einmal überprüft, Frau Kollegin Schaefer, ob der Vorredner möglicherweise darauf eingegangen ist. Ich

habe ein Beispiel genannt, nämlich das Beispiel mit dem Schuhhaus Müller, Meyer oder Schulze.

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Keine Schleichwerbung, bitte!)

Natürlich muss ich bei Haltestellen auch wissen, an welcher Stelle ich aussteige. Natürlich muss auch die Namensänderung der Straße und der Haltestelle sein, aber das kann man doch kombinieren. Es gibt doch genügend Beispiele!

(Beifall bei der FDP)

Es gibt die Haltestelle St.-Joseph-Stift, es gibt die Haltestelle Roland-Center, übrigens ein privates Einkaufszentrum, alle diese Beispiele gibt es, und die sollte man dann auch mit in die Überlegungen einbeziehen.

(Abg. Rupp [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage. - Glocke)

Präsident Weber: Herr Kollege Richter, gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Rupp?

Abg. **Richter** (FDP): Gern!

Präsident Weber: Bitte sehr!

Abg. **Rupp** (DIE LINKE): Herr Kollege Richter, ich wollte Sie fragen, ob Sie bei diesem Konzept einmal ausgerechnet haben, wie teuer es ist, eine Haltestelle umzubenennen, wenn man berücksichtigt, dass man die Beschriftung innerhalb der Straßenbahnen, die Ansagen in den Straßenbahnen, Stadtpläne und Ähnliches ändern muss. Wenn wir jetzt dieses Prinzip anfangen, fallen diese Kosten regelmäßig an, selbst wenn wir einmal hier und einmal da eine Haltestelle umbenennen. Ich wollte einfach nur einmal wissen, wie viel Geld mindestens gesponsert werden muss, damit man zumindest diese Kosten deckt und eine solche Haltestelle umbenennen kann.

Abg. **Richter** (FDP): Darauf gebe ich Ihnen gern eine Antwort. Wenn ich meinen Antrag richtig im Kopf habe, ist da von Konzepterarbeitung die Rede, und selbstverständlich gehören solche Fragen auch ins Konzept. Sicherlich wird man nicht für eine temporäre Umbenennung oder Namensvergabe den Stadtplan ändern müssen, und selbstverständlich muss man da nicht irgendwo permanent irgendwelche Änderungsdienste einrichten. Wenn ein Schild auf eine Haltestelle geschraubt werden sollte, was als Idee möglich wäre, muss es natürlich derjenige zahlen, der dieses Schild gern hätte, und muss es hinterher auch wieder abbauen. Insofern sind das, glaube ich, nicht die großen Kosten. Die großen Kosten sind eher dar-

in zu sehen, etwas zu sammeln, um - Norderländer Straße hatten wir als Beispiel genannt - einen solchen Umbau zu gestatten.

(Beifall bei der FDP)

Einen Satz vielleicht noch: Das habe ich, glaube ich, an dem Beispiel auch deutlich gemacht. Ich habe nicht das Beispiel Karstadt, das macht es vielleicht deutlicher, genannt. Natürlich wird Karstadt nur Interesse an einer Haltestelle in der Obernstraße haben. Deswegen habe ich von zweckgebundenem Einsatz der Mittel, die über eine solche Vergabe hereinkommen, gesprochen. Es ist nicht abhängig davon, dass es die Haltestelle in der Obernstraße vor Karstadt ist, die umgebaut wird, es ist wichtig, dass die Gelder, die Karstadt möglicherweise für die Namensbenennung bereit ist zu zahlen, an der richtigen Stelle eingesetzt werden, nämlich an Stellen, wo Barrierefreiheit noch nicht gegeben ist. - Danke!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Die Argumente sind zum größten Teil genannt worden, ich will nur noch einmal kurz darauf verweisen, dass wir klare Richtlinien in Bremen haben, wie die Gestaltungsgrundsätze für die Ausgestaltung und Auffindbarkeit der Haltestellen im öffentlichen Personennahverkehr festgeschrieben sind, es gibt da klare Grundsätze. In der Vergangenheit sind sehr viele Haltestellen barrierefrei umgebaut worden. Das wird in der Regel dann gemacht, wenn Gleisbauarbeiten, Gleisersatzbauten, Straßenraumgestaltungsmaßnahmen anstehen. Beispiele dafür sind in der jüngsten Zeit die Haltestellen am Ostertorsteinweg, Buntentorsteinweg, Leibnizplatz, Airport-Stadt im Zuge der Buslinie 52, Haltestelle Bei den drei Pfählen, Haltestelle Konsul-Smidt-Straße, Hansestraße, Haltestelle Duckwitzstraße. Generell ist es so, dass bei allen Neubaumaßnahmen und Verlängerungsmaßnahmen selbstverständlich Barrierefreiheit hergestellt wird. Ein Programm zur barrierefreien Umgestaltung der Haltestellen konnte bislang über das, was ich genannt habe, hinaus nicht im Haushalt dargestellt werden.

Darüber hinaus muss man diese praktischen Dinge schon in Erwägung ziehen. Das war keineswegs ein trivialer Punkt, den Herr Rupp angesprochen hat, wenn man ständige Veränderungen hat. Wir haben die Ansagen, wir haben die Prospekte, die Karten und so weiter, das heißt, wenn man hier für wenig Geld großen Aufwand betreiben muss, lohnt es sich auf gar keinen Fall, und

vor allen Dingen muss der Fahrgast natürlich die Sicherheit haben, dass er das Fahrtziel eindeutig erkennen kann. Insofern wäre die Benennung einer Haltestelle nur für einen bestimmten Zeitraum überhaupt nicht vorteilhaft, in gar keiner Weise!

Fakt ist aber auch, dass wir natürlich heute schon manche Haltepunkte haben, die wir nach Unternehmen benennen, bei ganz großen, markanten Punkten - Weserpark, Roland-Center, Radio Bremen -, das sind aber keine kommerziell betriebenen Punkte, sondern es ist einfach die normative Kraft des Faktischen, dafür hat die BSAG auch kein Geld bekommen. Die Namensgebung erfolgte unentgeltlich. Das sollte aber natürlich nicht die Unternehmen davon abhalten, wenn sie denn wollen - was ich durchaus begrüßen würde -, Geld dafür zu geben.

Grundsätzlich müssen wir auch sagen, dass die Regularien zum Sponsoring eindeutig sind, sie dürfen die Wettbewerbs- und Chancengleichheit nicht beeinträchtigen, und wenn mehr als ein Sponsor infrage käme, dann wäre es sehr schwer möglich, praktikable Verfahren und Kriterien zur Auswahl zu entwickeln. Ich glaube, wenn man all diese Argumente auf die Waage legt - man muss gar nicht so weit gehen wie Herr Erlanson, dieses sehr fundamentale Argument, die Privatisierung des öffentlichen Raums, das kann man auch anführen -, dann wiegen doch die, die gegen diesen Antrag sprechen, schwerer. Insofern empfehlen wir keine Zustimmung zu diesem Antrag. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist hier Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Bau und Verkehr beantragt worden.

Wer dieser Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag auf Überweisung ab.

Wir kommen nun zur Abstimmung in der Sache selbst.

Wer dem Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 17/413 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/
Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

**Neues Leitbild der Stadtentwicklung
Umsetzung in den Handlungsfeldern Vitale
Quartiere und Regionale Kooperation
Zentren- und Nahversorgungskonzept
der Stadt Bremen als städtebauliches
Entwicklungskonzept**

Mitteilung des Senats vom 3. November 2009
(Drucksache 17/414 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske und Herr Senator Nagel.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute geht es um die Behandlung einer wichtigen Frage der Stadtentwicklung in unserer Stadt Bremen. Es geht um die Umsetzung in den Handlungsfeldern Vitale Quartiere und Regionale Kooperationsprozesse. Es geht insbesondere auch um die Frage des Zentren- und Nahversorgungskonzeptes, und heute - es hat schon in den Deputationen, in den Beiräten vorher eine lange Diskussion gegeben - geht es auch insbesondere darum, die rechtliche Qualität als Rahmen für die Bauleitplanung sicherzustellen. Dafür bedarf es einer Behandlung hier in der Stadtbürgerschaft und einer Beschlussfassung. Das ist die wesentliche Frage, die wir heute zu behandeln haben.

Wenn der Senat die Stabilisierung und Weiterentwicklung der Stadtteilzentren und der Innenstadt als wichtige Eckpfeiler, als strategische Richtung in seiner Stadtentwicklungspolitik in diesem Bericht darstellt, möchte ich dies ausdrücklich im Namen meiner Fraktion unterstützen. Wir finden es sehr positiv, dass der Senator für Bau und der Senator für Wirtschaft in diesem Prozess gemeinsam das hier vorliegende kommunale Zentren- und Nahversorgungskonzept in Bremen erarbeitet haben.

Es ist auch außerordentlich positiv zu erwähnen, dass die Handelskammer diesen Prozess von Anfang an unterstützt hat, begleitet hat. Ich möchte nur beispielhaft für diejenigen, die schon länger in diesen Diskussionsprozessen stehen, an das Papier der Kammer zur Stärkung der Stadtteilzentren aus dem Jahre 2003 erinnern, in dem auch vonseiten der Kammer, der Wirtschaft, wichtige Hinweise gegeben worden sind, die auch in diesem Prozess als eine der Grundlagen genommen wurden. Dieses Ergebnis zeigt, glaube ich, dass der Beteiligungsprozess richtig war.

Darüber hinaus gab es aus dem Bereich von Wirtschaftsverbänden, insbesondere dem Einzelhandelsverband Nordsee, die Werbe- und Interessengemeinschaft der Händler und Dienstleister, die sich ebenfalls in diesen Diskussionsprozessen eingebracht haben, ihre Vorstellungen, ihre konstruktiven Beiträge dort eingebracht haben. Ich glaube, das ist eine außerordentlich positive Sache.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben dieser Frage der Fachlichkeit der Vertreter der Wirtschaftseinrichtungen, der Kammern finden wir es außerordentlich wichtig, dass die Menschen vor Ort, insbesondere die Beiräte in den Stadtteilen in diesen Prozess mit einbezogen wurde. Es hat eine breite, intensive Diskussion in fast allen Beiräten, in Fachausschüssen, in manchen Beiräten sogar zwei, drei Mal, gegeben, und man kann mit Fug und Recht sagen, dass es hier in diesem dreivierteljährigen Prozess, bei dem es im letzten Jahr bis März 2009 die letzten Besprechungen und Diskussionen vor Ort gab, einen guten und wichtigen Prozess der Einbeziehung gegeben hat. Selten, kann man sagen, ist eine Einzelfrage oder eine wichtige Frage so breit diskutiert worden.

Ich möchte, ich glaube, im Namen vieler insbesondere auch dem Herrn Senator wie auch den Mitarbeitern seines Hauses - im Wesentlichen waren es, glaube ich, Mitarbeiter und nicht Mitarbeiterinnen - noch einmal Dank aussprechen, die diesen Dialog mit einem hohen Einsatz sehr fachkundig, sehr diskussionsfreudig und immer auch

sehr geduldig und aufmerksam mitgeführt haben. Dies ist nicht selbstverständlich, ich glaube, das ist auch beispielhaft für die Arbeit einer Behörde. Herzlichen Dank noch einmal!

(Beifall bei der SPD)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, dies sind die großen strategischen Sichtweisen, wenn wir das Leitbild sehen, wenn wir weitere Fragen der Politik sehen, aber so werden in Zukunft mit Sicherheit von diesen großen von oben betrachteten Orientierungen des Leitbilds dann auch Fragen auf die Ebene der Stadtteile und Quartiere zukommen. Ich bin mir relativ sicher, dass uns hier dann in der kommunalpolitischen Diskussion, aber auch in der gesamtstädtischen Diskussion viele Fragen erneut beschäftigen werden. Dies ist erst der Anfang, auf den wir uns zubewegen.

Ich möchte nur noch einmal an bestimmte Kernelemente dieses Konzeptes erinnern, die auch in dem Konzept des Senats aufgeführt wurden, und noch einmal drei Punkte herausgreifen, um deutlich zu machen, wo wir auch noch in Zukunft mit Sicherheit sehr viel Arbeits- und Diskussionsbedarf haben. Es sei genannt die Frage der Zentren-typen, also die drei Kategorien Stadtteilzentren, Nahversorgungszentren, Sonderstandorte. Hierzu wird im Bericht des Senats festgestellt, dass es gerade in diesen Fragen aus heutiger Sicht in vielen Bereichen noch Entwicklungspotenziale gibt, an denen wir arbeiten müssen, mit Sicherheit, sage ich einmal für uns alle, ein interessanter und spannender Prozess. Zweitens, ich benenne nur noch einmal die generellen Ansiedlungsregeln, auch als einen Punkt die wichtige Frage der sogenannten Bremer Sortimentsliste: Das alles sind, glaube ich, Punkte, um das nur einmal anzureißen, zu denen wir noch sehr viel zu erarbeiten und zu diskutieren haben.

Für uns - um darauf noch einmal zurückzukommen - zeigt sich, dass das Leitbild der Stadtentwicklungspolitik mit der Grundlinie der Politik unserer rot-grünen Koalition übereinstimmt, das heißt, die Stadtteile, aber auch die Innenstadt zu stärken, insbesondere hier auch den sozialen Zusammenhalt als einen Bestandteil eines ressortübergreifenden Politikansatzes sicherzustellen. Wenn wir das einmal definieren, zeigt es, dass dieses Politikfeld hier ganz konkret auch in die Gesamtlinie hineinpasst.

Zum Schluss: Wir begrüßen als SPD-Bürgerschaftsfraktion das Zentren- und Nahversorgungskonzept, die Umsetzung in den Handlungsfeldern der Quartiere der regionalen Kooperationen, und wir müssen, wie ich eingangs gesagt habe, heute auch dann, wenn dies auch bauplanerisch in die

Realität umgesetzt werden und auch eine Wirkung haben soll, heute den Beschluss fassen, eine städtebauliche Entwicklungskonzeption zu unterstützen. Das werden wir hiermit sehr gern tun. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für die Attraktivität Bremens als Oberzentrum der Metropolregion Nordwest, aber auch für die Lebensqualität in den einzelnen Stadtteilen spielt die Attraktivität des Einzelhandels eine wichtige Rolle. Im Rahmen des Leitbilds der Stadtentwicklung, das der Senator vorgelegt hat und das wir hier ausgiebig diskutiert haben, wollen wir heute das Zentrenkonzept für die Stadt Bremen verabschieden, und zwar als städtebauliches Konzept im Rahmen einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

Ich will aus grüner Sicht drei Punkte nennen, warum wir dieses Zentrenkonzept gut finden und unterstützen. Erstens wird in diesem Zentrenkonzept die wichtige Rolle der Innenstadt hervorgehoben, gerade als Einkaufsort nicht nur für die Bremerinnen und Bremer, sondern auch für die vielen Touristen, aber auch genauso als Identifikationsort für die gesamte Stadt Bremen. Diese Innenstadt soll und muss nach dem Zentrenkonzept gestärkt werden.

Zweiter Punkt, den wir wichtig finden: Der Einzelhandel soll sich auf die gewachsenen Haupt- und Nebenzentren konzentrieren, sodass diese nicht nur überleben können, sondern auch in der Versorgung für die Menschen in den Stadtteilen gestärkt werden und eine Abwärtsspirale vermieden wird. Der dritte Punkt, den wir besonders gut finden, gerade auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, ist die wohnortnahe Grundversorgung, die gewährleistet werden soll. Eine Stadt der kurzen Wege ist nicht nur verkehrspolitisch und ökologisch vernünftig, sondern gerade auch für die Menschen, die nicht so mobil sind, ist es gut, wenn sie zu Fuß Lebensmittelgeschäfte erreichen und auf ein Auto verzichten können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Dies alles sind natürlich erst einmal grobe Ziele, aber sie basieren auf einer sehr genauen Analyse des vorhandenen Einzelhandels in ganz Bremen: Wo gibt es in Bremen was zu kaufen? Von Le-

bensmitteln angefangen über Bekleidung, Schreibwaren, Baufachmärkte bis zu Möbeln, wo gibt es genug, wo gibt es eigentlich zu viel? Alles dies analysiert dieses Zentrenkonzept sehr genau und spricht der Stadt eine Empfehlung aus, wie es aus ihrer Sicht, aus Sicht der Analyse, mit den Stadtteilen weitergehen soll. Da spielt natürlich auch eine Rolle, wie lang die Wege sind, wie die Anbindung mit dem ÖPNV und wie das Umfeld des Einzelhandels aussieht, Stichworte: Kultur, Dienstleistungen, all das, was Stadtteile gerade attraktiv macht. All dies analysiert das Einzelhandelskonzept für alle Stadtteile und Ortsteile genau.

Ich sage aber auch, man kann viel analysieren, aber man kann eine Stadt nicht zentralistisch planen, und man kann auch den Einzelhandel nicht zentralistisch planen. Das ist natürlich ein Mangel. Ich glaube aber, das Positive an diesem Zentrenkonzept ist schon, dass es uns empfiehlt, diese Entwicklung zu steuern und Wildwuchs zu verhindern. Ich denke gerade an die Vergangenheit, wo wir doch sehr viel großflächigem Einzelhandel die Ansiedlung in nicht integrierten Lagen möglich gemacht haben. Ich glaube, in Zukunft wird es darum gehen, dieses weitere Umsichgreifen von großflächigem Einzelhandel zu verhindern. Das empfiehlt das Zentrenkonzept, und das finden wir gut.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Insgesamt sagt das Zentrenkonzept, die Versorgung mit Gütern des kurz-, mittel- und langfristigen Bedarfs ist in Bremen gut. Gleichzeitig ist aber die Tendenz der Schließung gerade kleiner inhabergeführter Geschäfte zugunsten von Discountern ungebrochen. Diese Entwicklung sehen wir Grünen durchaus kritisch, weil gerade die vielen kleinen Einzelhandelsgeschäfte das Rückgrat vieler Stadtteilzentren sind und das Einkaufen in diesen Stadtteilen attraktiv machen. Wie man hier gegensteuern kann, Stichwort die Aldi- und Lidlisierung ganzer Stadtteile, da würde ich mir wünschen, dass das Zentrenkonzept dabei mithelfen kann.

Eine wichtige Sache finden wir in diesem Zusammenhang die BIDs, die zwar nicht Gegenstand des Zentrenkonzepts sind, aber für die wir hier in der Bürgerschaft die gesetzliche Grundlage für diese Standortgemeinschaften geschaffen haben. Die sind ein ganz wichtiges Instrument, mit denen sich nun auf gesetzlicher Grundlage Hauseigentümer und Gewerbetreibende auf den Weg machen können, ihre Straßenzüge attraktiv zu gestalten. Ich sage hier auch noch einmal ganz deutlich, gerade Hauseigentümer haben großen Ein-

fluss auf das Angebot und die Attraktivität ihres Umfeldes. Unvertretbar hohe Mieten vertreiben gute Fachgeschäfte und tragen möglicherweise zu einer Abwärtsspirale eines Straßenzuges bei. Ich möchte nur daran erinnern, dass der letzte Schlachter in der Innenstadt aufgrund der horrenden Miete, die gefordert wurde, zugunsten eines x-ten Handyladens geschlossen hat, und ich glaube, da läuft auch in der Bremer Innenstadt etwas verkehrt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein paar Worte zur Innenstadt sagen, weil die aus unserer Sicht wichtig ist, ganz wichtig für die ganze Stadt! Die Bremer City steht vor großen Herausforderungen. Ich brauche nicht Karstadt zu erwähnen, das vor einer ungewissen Zukunft steht. Wir wissen alle, die Zentralität der Bremer Innenstadt ist auch im Standortwettbewerb mit anderen großen Städten zu gering, hier gibt es Nachholbedarf. Für uns Grüne, und das möchte ich hier deutlich sagen, geht es aber darum, wenn man den Einzelhandel in der Innenstadt ausdehnen will - wir wollen das, wir sehen das als notwendig an -, dann kommt es darauf an, das richtig, städtebaulich verträglich zu gestalten. Eine Ausweitung des Innenstadteinzelhandels um jeden Preis wollen wir nicht.

Wir wollen, dass der städtebauliche, der öffentliche Raum weiterhin dabei eine hohe Bewertung haben wird. Insofern hoffe ich, dass das Zentrenkonzept ein guter Baustein ist, um unsere Stadt weiterhin attraktiv zu machen. Ich hoffe auf breite Zustimmung für dieses Konzept. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch die CDU-Bürgerschaftsfraktion unterstützt dieses Konzept, und auch ich möchte mich noch einmal recht herzlich bei den Beteiligten für den Verlauf dieses Prozesses bedanken. So wurden ja nicht nur die Beiräte mit eingebunden - ich kann es mir vorstellen, wie schwierig es manchmal für einen Mitarbeiter des Bauressorts in einem solchen Beirat, wo doch sehr kleinteilig und fokussiert diskutiert wird, ist -, nein, es wurden auch andere Institutionen wie die Handelskammer, der Einzelhandelsverband Nordsee Bremen, dann jeweils natürlich die betroffenen Beiräte und auch die jeweiligen Vertreter der örtlichen Gewerbe- und Interessen-

gemeinschaften mit eingebunden. Deswegen war es, glaube ich, sinnvoll, diesen Prozess auch so lange aufrechtzuerhalten.

Der einzige Wermutstropfen war dann, im Abschluss des Ganzen ist uns Abgeordneten in den jeweiligen Deputationen das ein bisschen kurzfristig gegeben wurde. Wir haben das ja schon als Beiratsbetreuer mit begleitet, aber das Abschließende war dann doch ein bisschen kurzfristig, um einmal eben 200 Seiten durchzulesen. Ich will das nur anmerken, das ist jetzt nicht so problematisch, aber das war ein bisschen unglücklich. Vielleicht wäre eine Woche oder zwei Wochen früher sinnvoller gewesen. Aber gut, das nur so nebenbei!

Ansonsten sind wir der Meinung, dass das Konzept sehr gut aufgestellt wurde. Auch die Dortmunder Gutachter haben es sehr ansprechend, übersichtlich und auch sehr kleinteilig dargestellt. Daher konnte man auf der Grundlage dieses Konzeptes auch sehr gut arbeiten. Auch die gewählte Vorgehensweise können wir begrüßen. Einmal war die räumliche Abgrenzung der Zentren als zentrale Versorgungsbereiche in zwei Schritte aufgeteilt: Zunächst einmal die räumlich funktionale Abgrenzung mit Berücksichtigung vorhandener Einzelhandelsnutzung sowie privater und öffentlicher Dienstleistungsangebote, aber auch, und das ist sehr positiv, dass eben soziale und kirchliche Einrichtungen beziehungsweise Bildungs- und Kultureinrichtungen mit einbezogen wurden, sofern sie natürlich räumlich funktional im Zusammenhang mit dem jeweiligen Einzelhandel bestanden haben. Das fanden wir sehr gut.

Wir haben jetzt eine gute Grundlage für die weitere Arbeit. Letztlich müssen wir aber jetzt entscheiden: Was folgt daraus? Das will ich einmal anhand von drei Beispielen erläutern, denn ich glaube, das ist die entscheidende Frage, zu der es jetzt auch unterschiedliche Interpretationen gibt: Wie reagieren wir auf bestimmte Punkte in diesem Konzept, das uns jetzt vorgelegt worden ist, das mit Zahlen unterstützt worden ist? Frau Krusche sprach es eben an: die Sonderzentren! Man kann darüber reden, inwieweit es noch notwendig ist, diesen Ausbau von Sonderzentren oder großflächigen Einkaufszentren, die nicht stadtteilbezogen eingebunden sind, weiterhin fortzuführen oder das zu minimieren. Nur, man muss da aufpassen! Das sehen wir auch am Ochtum-Park. Wenn wir es innerhalb der Stadtgrenzen nicht auf vernünftige Weise tun, machen es andere. Wir dürfen dann den ÖPNV dazu liefern und subventionieren, und die Leute fahren dann in den Ochtum-Park. Das darf es auch nicht sein!

(Beifall bei der CDU)

In den letzten Wochen hatten wir den Staatsvertrag debattiert. Ich hoffe doch, dass Herr Loske da erfolgreich ist und mit den Umlandgemeinden eine vernünftige Lösung findet, die in gegenseitigem Interesse sein wird.

Ein wichtiges Problem, das haben Sie, glaube ich, auch angesprochen, ist die Innenstadtentwicklung. Ich gebe Ihnen völlig Recht, dass es nicht angehen kann, dass wir hier ein paar Betonklötze in die Innenstadt setzen und somit prozentual die doch sehr minimale Verkaufsfläche, die wir nach wie vor in der Innenstadt haben, erhöhen. Es muss eingebunden werden! Ich möchte aber dazu ermahnen, es müssen auch die Leute vor Ort, die hier Geld verdienen wollen, die Einzelhändler, mit eingebunden werden. Es muss auch die Bevölkerung mit eingebunden werden, weil die es letztlich nutzen muss. Man muss auch immer in Betracht ziehen, dass Bremen sich weiterhin als Tourismusstandort platzieren will. Shopping, man kann das ja gut oder schlecht finden, ist mittlerweile ein wichtiger Bestandteil von Städtereisen geworden. Daher muss ein attraktives Angebot vorhanden sein. Ich hoffe, dass wir gemeinsam mit den Einzelhändlern vielleicht mit ein paar innovativen Architekten zusammen den Mut haben, auch einmal etwas Ungewöhnliches zu machen und es nicht nur bei einem Steinklotz bleibt.

Das nächste Thema ist die Nahversorgung. Ich gebe Ihnen völlig recht, fußläufige Nahversorgung ist ein wichtiger Bestandteil, um den täglichen Bedarf auch in den Stadtteilen zu gewährleisten. Nur, da klaffen Wunsch und Realität völlig auseinander, denn Sie müssen natürlich auch die Einzelhändler finden, die das dann machen. Ich selbst kenne aus meinem Stadtteil die Forderung des jeweiligen Bürgervereins: ein Schlachter, ein Kino, ein Eiscafé! Wenn sie dann da sind, sind sie nach einem Jahr pleite, weil keiner hingeht, weil die Leute sich nach wie vor ins Auto setzen. Daher können wir sie nicht pädagogisch disziplinieren: Ihr müsst jetzt vor Ort kaufen! Das geht nur bedingt. Man muss ihnen attraktive Angebote machen. Das gilt übrigens auch für die Innenstadt. Da müssen neben den normalen Einkaufsangeboten auch Angebote sein, sodass es lebenswert ist. Das muss in Zusammenarbeit mit den Vereinigungen vor Ort gemacht werden.

Dann ist es oft nicht nur die Miete, daran können wir nichts machen, das ist der freie Markt. Wo wir aber etwas machen können, sind die Auflagen. Denn oft ist es gerade bei solchen Spezialgeschäften wie Schlachtern oder Fischläden der Fall, dass die Nachfolger die Pacht und das alles refinanziert bekommen. Die neuen baurechtlichen Auflagen aber, die neuen hygienerechtlichen Auflagen, sind oft das Problem. Das sind dann Inves-

titionen, die schnell in den sechsstelligen Bereich gehen, und dann gehen sie dieses Risiko erst gar nicht mehr ein. Da müssen wir wirklich einmal schauen - auch von der rechtlichen Seite, natürlich muss es immer lebensmittelsicher sein, das ist ganz klar -, inwieweit wir da dies machen können.

Für die Zukunft müssen wir jetzt schauen: Wie gestalten wir dieses Konzept aus? Es wird noch einige Diskussionen geben. Es darf kein Dogma sein. Es muss immer weiter fortgeschritten und evaluiert werden und sich weiterentwickeln. Ich glaube, dann sind wir auf einem guten Weg. - Recht herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Deputation diesem Zentren- und Nahversorgungskonzept zugestimmt. Ich möchte dennoch ein paar Anmerkungen machen, die über das hinausgehen, was bisher gesagt worden ist. Erstens, wir wissen natürlich aus unterschiedlichen Gründen, wie wichtig es ist, solch ein Konzept zu haben. Es wurde schon angedeutet, es hat natürlich deutlich ökologische Aspekte. Wir brauchen eine Stadt der kurzen Wege und eine Stadt, in der möglichst wenig mit Auto oder mit motorisch getriebenen Fahrzeugen durch die Gegend gefahren wird.

Zweitens, wir brauchen aber auch aus sozialen Gründen kleine, überschaubare Zentren, denn auf diese Art und Weise funktionieren die Kontakte zwischen den Nachbarschaften. Drittens brauchen wir natürlich Nebenzentren, weil neben dem Einzelhandel in diesen Nebenzentren, in den gewachsenen Stadtteilen, natürlich auch noch jede Menge regionale Ökonomie, die nicht Einzelhandel ist, existiert. Beides hängt in aller Regel ein Stück weit voneinander ab.

Der Armuts- und Reichtumsbericht hat in unterschiedlicher Weise deutlich gemacht, dass wir eine Stadt mit sozialen, aber damit auch ökonomischen Segregationsprozessen sind. Ich erlebe ein Stück weit auch im Viertel, in dem teilweise Leerstände entstehen und es so einen Top-Down-Prozess gibt, also einen Prozess von oben nach unten, dass die Qualität der Geschäfte, ohne die einzelnen Betreiberinnen und Betreiber diskredi-

tieren zu wollen, nicht gerade zunimmt, und das Angebot wird auch nicht vielfältiger.

Es gibt da natürlich Probleme, wo soziale und ökonomische Interessen sich berühren, insbesondere, weil ein Großteil der Arbeitsplätze in regional-ökonomischen Zusammenhängen in Bremen geschaffen wird und dort sehr flexibel gearbeitet wird. Das heißt, es gibt eine ganze Reihe von Gründen neben den ökologischen und unmittelbar einzelhandelsbezogenen Gründen, solch ein Zentren- und Nahversorgungskonzept zu entwickeln. Wir können, wie gesagt, mit einem solchen Konzept dieser Stadtteilsegregation ein Stück weit entgegenwirken. Ich sage einmal ganz deutlich, da stimme ich Frau Krusche zu, das sind Dinge, da muss meines Erachtens Politik steuernd eingreifen.

Es gibt aber die Fragen: Reicht es aus, ein solches Zentren- und Nahversorgungskonzept so deutlich und ein Stück weit isoliert auf Einzelhandel zuzuschneiden? Gibt es Möglichkeiten, das eben in Richtung anderer Formen von regionaler Ökonomie auszuweiten, beispielsweise für die Versorgung mit Ärzten, Rechtsanwälten, Handwerkern und so weiter? Ich denke, da gibt es noch einmal Ideen, in diese Richtung weiter zu überlegen.

In dem Zusammenhang ist mir eine Karte auf den Schreibtisch gekommen, auf der WiN-Gebiete, Sanierungsgebiete, LOS-Gebiete und so weiter sind. Ich bin mir nicht so ganz sicher, es ist aber, glaube ich, zumindest einmal eine Prüfung wert, dass wir die vielen Maßnahmen, die dort patchworkartig über die Stadt verteilt sind, noch einmal anschauen, ob wir die nicht ein bisschen besser bündeln können, ob wir die ein Stück weit nutzen können, um die Hebelwirkung dieser Maßnahmen zu verstärken. Ich glaube, das ist eine Herausforderung.

Die Finanzierung? Ich bin relativ sicher, dass sich dieses Konzept nur realisieren lässt, wenn es tatsächlich auch Mittel dafür im Haushalt gibt. Dies sei einmal an die Adresse der FDP gesagt: Es ist natürlich schon ein bisschen zynisch, auf der einen Seite auf Bundesebene dafür zu sorgen, dass Bremen weniger Einnahmen hat, und dann hier mit merkwürdigen Konzepten von werbefinanzierten Infrastrukturmaßnahmen so zu tun, als gäbe es für diese Form von Verdienstaustausch eine Lösung. Das wird keine Lösung sein, allein weil die Summen nicht zustande kommen und weil wir uns dann als Politikerinnen und Politiker die lenkende und steuernde Wirkung dieser Form von Geldeinsatz aus der Hand nehmen lassen. Deswegen ist diese Finanzierung unzulässig. Wir sind der Mei-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

nung, dass es selbstverständlich möglich sein müsste, dies innerhalb des Haushalts zu machen.

Darüber hinaus müssen wir uns auch darüber im Klaren sein, dass die Summe des Geldes, das ausgegeben wird, nicht mit der Fläche der Einkaufszentren oder des Einzelhandels steigt. Wir müssen uns an den Gedanken gewöhnen, dass die Kaufkraft auch in Bremen nicht zunimmt, sondern in vielen Stadtteilen sogar sinkt, darauf muss dieses Konzept eine Antwort geben. Zum Schluss sollten wir dabei auch schauen, dass wir nicht eine weitere Zunahme von prekärer Beschäftigung bei denen befördern, die dann in diesen Einzelhandelseinrichtungen, die wir jetzt fördern sowohl in der Innenstadt als auch in den Nebenzentren, arbeiten, denn das ist ein Prozess, der auch nicht in unserem Sinne sein kann, wenn Leute, die in Geschäften arbeiten, unter prekären Bedingungen für wenig Lohn arbeiten. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will mich jetzt einmal in meinem Redebeitrag auf die Zentren und das Nahversorgungskonzept konzentrieren und nicht wieder in eine Debatte über Finanzierung auch mit Sponsorengeldern einsteigen.

(Beifall bei der FDP)

Der Strukturwandel im Einzelhandel hält, obwohl schon seit Jahren andauernd, weiter an, das spüren wir als Verbraucher auch permanent und jeden Tag. In den Sechzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts kamen die ersten Discounter massiv auf den Markt. In den Achtziger- und Neunzigerjahren folgten die Fachmärkte und die Diversifizierung der Sortiments- und Betriebskonzepte, seit den 90er-Jahren dann auch die großflächigen Shopping-Zentren, meist in Randlagen, die den bisherigen Strukturen in den Stadtteilzentren zum Teil erheblich zu schaffen machen beziehungsweise auch dazu geführt haben, dass einst florierende Einzelhandelschwerpunkte nicht mehr überlebensfähig waren und mittlerweile einem langsamen Tod entgegensehen, wenn sie nicht schon längst gestorben sind, zum Beispiel Blumenthal! Mit den uns allen bekannten fatalen Auswirkungen auf die städtebaulichen Entwicklungen in den betroffenen Stadtteilen! Diese Entwicklung kann dann häufig auch nicht mehr mit Städtebauförderungsmaßnahmen aufgefangen werden. Aus diesem Grund ist ein Zentrenkonzept

eine wichtige Basis für die zukünftige Ausrichtung der Stadtentwicklung Bremens.

(Beifall bei der FDP)

Neben den Stadtteilen mit ihren Stadtteil- und Nahversorgungszentren hat unter der in der Vergangenheit eher außerhalb der Zentren stattgefundenen Verkaufsflächenentwicklung und den damit verbundenen Strukturveränderungen auch die Bremer City gelitten. Sie ist leider nicht mehr das Aushängeschild früherer Jahre unserer Stadt.

(Beifall bei der FDP)

Ein klares Konzept mit verbindlichen Aussagen zur zukünftigen räumlichen, quantitativen und qualitativen Steuerung der Einzelhandelsentwicklung kann bewirken, dass die zentralen Versorgungsbereiche, auch die wohnungsnah Grundversorgung und insbesondere die Bremer City als Einzelhandelsstandort wieder an Bedeutung gewinnt und auch zukünftig ihrer Versorgungsfunktion gerecht werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Die umfangreiche, rund 220 Seiten starke Untersuchung des Büros Junker und Kruse zeigt auch deutlich, dass es mit einer Bestandsaufnahme und Konzeptentwicklung nicht getan ist. Es liegt eine fundierte Grundlage vor, doch wenn man sich etwas intensiver mit den untersuchten Gebieten befasst, dann muss man feststellen, dass sich seit der noch gar nicht so lange zurückliegenden Erhebung schon wieder zum Teil deutliche Veränderungen vollzogen haben. Das macht deutlich, dass eine regelmäßige Überarbeitung, wie auch in der Vorlage ausgeführt, ein Muss ist, wenn man etwas bewirken will.

(Beifall bei der FDP)

Die vier Kernelemente des Konzepts finden unsere volle Unterstützung, auch wenn im vierten Kernelement, der sogenannten Bremer Sortimentsliste manche Einordnung noch nicht ganz ausgewogen erscheint. Zentral relevant: Waffen- und Jagdbedarf. Ich glaube, so weit ist unsere Wildschweinpopulation in den Stadtgrenzen noch nicht, dass das wichtig wäre!

(Abg. Woltemath [FDP]: Wir haben ja auch eine Waffenverbotszone!)

Waffen- und Jagdbedarf steht da auch, aber das ist nur ein marginaler Punkt. Von besonderer Bedeutung ist für die FDP auch die Verzahnung der Wechselbeziehungen zum regionalen Zentrum im Einzelhandelskonzept des Kommunalverbundes.

Zusammenfassend möchte ich sagen, das Konzept ist eine gute Basis für die zukünftige Ausrichtung der städtebaulichen Entwicklung Bremens. Herr Pohlmann, Frau Krusche und Herr Strohmann sind ja bereits darauf eingegangen, es liegt noch viel Arbeit vor uns, ich will jetzt nicht noch weiter ins Detail gehen. Packen wir es an! - Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Ich glaube, bei diesem ganzen Thema haben wir in den letzten Jahrzehnten eigentlich einen ständigen Wechsel zwischen Planungseuphorie und Planungspessimismus erlebt. In den Sechziger- und Siebzigerjahren glaubte man, man könnte alles genauestens durchplanen und auch genau die räumlichen Strukturen festlegen, wo etwas ist und so weiter. In den letzten zehn Jahren hat eigentlich ein Planungspessimismus Platz gegriffen, der im Grunde genommen wildwüchsig die Sache sich selbst überlassen hat nach dem Motto: Wenn ein starker Investor kommt, dann soll dem alles möglich gemacht werden, was er oder sie will.

Ich glaube, wir dürfen weder in die eine noch in die andere Falle tappen, sondern wir müssen in Aufnahme eines Begriffs von Herrn Rupp eben oder in leichter Modifizierung von beiden Richtungen, wir müssen von räumlichen Vorstellungen her kommen, also Top-down wäre dann das Richtige, und umgekehrt natürlich Bottom-up dort, wo die Dinge real sind, das zusammenführen. Dieser Prozess, den wir heute hier diskutieren, ist genau gelaufen, dass wir unsere Vorstellungen im Rahmen des Leitbildprozesses Bremen'20 eingebracht haben, aber einen intensiven Dialog mit der Handelskammer, den Einzelhändlern, den Stadtteilen, den Beiräten und so weiter gesucht haben. Insofern würde ich sagen, das war ein sehr fruchtbarer Prozess.

Ich kann mich wirklich bei allen Beteiligten dafür bedanken, vor allen Dingen - das kam ja schon zur Sprache - auch bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern! Wenn ich mir vor Augen führe, dass Herr Schobeß sich quasi jeden zweiten Abend in manchen Wochen in den Beiräten um die Ohren geschlagen hat und auch wirklich sehr konkret diskutiert hat, dann kann man das ja auch einmal hier im Hohen Hause sagen, dass die Mitarbeiter auch da eine Menge Arbeit geleistet haben.

(Beifall)

Wir haben in diesem Leitbild, das wir im Senat ja vor geraumer Zeit verabschiedet haben, „Bremen, lebenswert, urban und vernetzt“, bestimmte Leitbilder festgeschrieben und einen Orientierungsrahmen formuliert, der hier in der Stadtbürgerschaft diskutiert worden ist. Wir haben da insgesamt sieben integrative Handlungsfelder definiert und das Querschnittsfeld regionale Kooperation. Dieses heute hier zur Beschlussfassung vorgelegte kommunale Zentren- und Nahversorgungskonzept stellt einen wichtigen Baustein zur weiteren Konkretisierung und Umsetzung der Handlungsziele Vitale Quartiere auf der einen Seite und Regionale Kooperation auf der anderen Seite dar.

Die Stabilisierung und Weiterentwicklung der Stadtteilzentren und der Innenstadt sowie die Sicherung der Nahversorgung in den Quartieren sind erklärte politische Ziele des Senats, und ich freue mich darüber, dass alle Bürgerschaftsfraktionen diese Ziele, wie soeben zu hören war, teilen. Ich glaube, das ist eine gute Basis für ein gemeinsames Handeln.

Das Ganze müssen wir auch machen, weil dieses Ziel quasi relevant für die bauleitplanerische Praxis ist. Es bedarf einer verbindlich beschlossenen kommunalen Konzeption für die Zentrenentwicklung. Das Baugesetzbuch sieht hierfür das Instrument des städtischen Entwicklungskonzepts vor, dies nutzen wir. Wir tun das in enger wechselseitiger Abstimmung mit dem regionalen Zentren- und Einzelhandelskonzept des Kommunalverbundes und auch gemeinsam mit dem Senator für Wirtschaft und Häfen. Dieses Konzept, ich sagte es bereits, ist von der Handelskammer in einer ausführlichen Stellungnahme begrüßt worden, die natürlich auch an der Erarbeitung des Prozesses beteiligt war. Sie begrüßt es ausdrücklich und - ich zitiere wörtlich - „wünscht sich, dass es nunmehr zu einer zügigen Verabschiedung durch die politischen Gremien kommt“. Wenn ich das richtig sehe, hat es ja eine faire Chance, heute so zu sein.

Die Handelskammer hat auch empfohlen, eine regelmäßige Überarbeitung des Konzepts im Abstand von drei bis fünf Jahren durchzuführen, ich glaube, das ist eine Sache, die wir in der Tat machen sollten, und sie hat auch darauf hingewiesen, dass das Ermessen bei Verwaltungsentscheidungen durch diese Rahmenfestlegungen nicht auf Null reduziert werden darf. Wir haben in diesem Erarbeitungsprozess, der sehr zeit- und arbeitsintensiv war, sowohl die analytischen und methodischen Grundlagen als auch die entsprechenden Zwischenergebnisse immer wieder vorgestellt, vor allen Dingen in der Deputation für Bau und Verkehr und in der Deputation für Wirtschaft und Häfen. Ich erinnere mich an eine ge-

meinsame Sitzung beider Deputationen kurz vor Weihnachten, als die Diskussionsfreude nicht ganz so groß war, aber das lag nicht am Thema, sondern an den nahenden Weihnachtsferien. Insgesamt kann man aber sagen, dass das Ganze auf breitem Fundament steht und von allen getragen wird.

Worum geht es inhaltlich? Ich will das nur im Telegammstil machen, weil viele Abgeordnete schon darauf eingegangen sind: Es sind im Wesentlichen vier Kernelemente, die das kommunale Zentren- und Nahversorgungskonzept prägen. Das ist erstens einmal das generelle Leitbild, das ist das Leitbild der polyzentrischen Struktur Bremens. Das heißt, es soll eine starke Innenstadt geben, aber auch starke Zentren. Zweitens, das daraus abgeleitete Zentrenmodell als Zielkonzeption mit klar hierarchisch gegliederten Zentrentypen der Innenstadt, Vegesack als herausgehobenem Stadtteilzentrum, zwölf weiteren Stadtteilzentren und 17 Nahversorgungszentren, die als schützenswerte zentrale Versorgungsbereiche im Sinne des Baugesetzbuches räumlich konkret festgelegt werden. Ergänzt wird dieses Zentrenmodell durch sieben weitere Sonderstandorte des großflächigen Einzelhandels.

Drittens enthält das Konzept zur kontinuierlichen Unterstützung des Zentrenmodells als weiteres Kernelement generelle Ansiedlungsregeln, an denen wir uns als Baubehörde, als Genehmigungsbehörde, orientieren, sie lauten wie folgt: Einzelhandelsbetriebe mit nahversorgungsrelevanten Sortimenten sind grundsätzlich nur noch in den zentralen Versorgungsbereichen zulässig. Mit Blick auf den demografischen Wandel und die zukünftig noch wichtiger werdende wohnortnahe Nahversorgung, das kam ja schon zur Sprache, sind hiervon allerdings im Einzelfall Ausnahmen möglich. Des Weiteren sind Einzelhandelsbetriebe mit sonstigen zentrenrelevanten Hauptsortimenten nur noch in den zentralen Versorgungsbereichen zulässig, und Einzelhandelsbetriebe mit nicht zentrenrelevanten Hauptsortimenten sind vorrangig in den zentralen Versorgungsbereichen und an den Sonderstandorten zulässig.

Die vierte und letzte Regel, die ich noch ansprechen will, das kam schon zur Sprache, ist die sogenannte Bremer Sortimentsliste, die auf der Basis der örtlichen Besonderheiten der Angebotsstruktursortimente mit und ohne Zentrenrelevanz differenziert. Die zentrenrelevanten Sortimente werden zusätzlich noch unterteilt in nahversorgungsrelevante Sortimente, zum Beispiel Nahrungsmittel, und sonstige, zum Beispiel Kleidung. Diese Bremer Sortimentsliste dient dazu, im Rahmen der Bauleitplanung und vor allen Dingen dann der Genehmigung von Einzelvorhaben den

Einzelhandel räumlich und funktional sinnvoll Standorten zuzuordnen.

Abschließend will ich dann noch darauf verweisen, dass das, was wir hier machen, diese Übung, wenn ich so sagen darf, in eine größere Anstrengung eingebettet ist, die heißt regionales Zentren- und Einzelhandelskonzept, oder um es konkret zu sagen: Das, wozu wir uns hier verpflichten, erwarten wir auch von den uns umgebenden Nachbargemeinden! Ich habe das im Kommunalverbund auf der Mitgliederversammlung vorgetragen. Es hat dort eine sehr große Unterstützung gegeben, und es wird auch als Vorleistung Bremens verstanden, das muss man ganz klar sagen, und das ist es auch!

Deshalb gehen wir eigentlich davon aus, dass im Umkehrschluss das regionale Zentren- und Einzelhandelskonzept des Kommunalverbundes eben auch verbindliche Festlegungen der Nachbargemeinden beinhaltet. Das ist für uns sehr wichtig, und wir arbeiten zurzeit an einem raumordnerischen Vertrag aller beteiligten Mitglieder im Kommunalverband der Gemeinden und Landkreise, er wird zurzeit als Entwurf diskutiert. Die Beschlussfassungen zu diesem raumordnerischen Vertrag erwarten wir bis Ende des Jahres. Ich hoffe, dass es nicht zu optimistisch ist, aber im nächsten Jahr sollten wir diesen raumordnerischen Vertrag haben, der sich wiederum einbettet - das ist ja auch ein Thema, über das häufig gesprochen wird - in den Staatsvertrag, den wir mit Niedersachsen geschlossen haben, wo wir uns alle gemeinsam verpflichtet haben - ich zitiere wörtlich - „zu einer differenzierten raumstrukturellen Gliederung“. Das heißt, Bremen redet nicht nur, Bremen handelt! Bremen erwartet allerdings dann auch, dass seine Nachbargemeinden sich an den gleichen Prinzipien orientieren. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Zentren- und Nahversorgungskonzept der Stadt Bremen als städtebauliches Entwicklungskonzept beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2007

Mitteilung des Senats vom 25. November 2008 (Drucksache 17/262 S)

Wir verbinden hiermit:

Jahresbericht 2009 Freie Hansestadt Bremen - Stadt - Bericht des Rechnungshofs vom 26. Februar 2009
(Drucksache 17/290 S)

sowie

Bericht und Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen (Stadt) für das Jahr 2007 Mitteilung des Senats vom 25. November 2008 (Drucksache 17/262 S) und zum Jahresbericht 2009 des Rechnungshofs vom 26. Februar 2009 (Drucksache 17/290 S) vom 6. November 2009 (Drucksache 17/415 S)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über die Entlastung des Senats, Drucksache 17/415 S, abstimmen.

Wer dem Senat gemäß Paragraf 114 Absatz 1 in Verbindung mit Paragraf 118 Absatz 1 der Landshaushaltsordnung Entlastung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft erteilt dem Senat Entlastung.

Nun lasse ich über den Antrag des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses, Drucksache 17/415 S, abstimmen.

Wer den Bemerkungen im Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses, Drucksache 17/415 S, beitreten möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(DIE LINKE)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft tritt den Bemerkungen des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von dem Jahresbericht 2009 des Rechnungshofs und von dem Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Drittes Ortsgesetz zur Bereinigung des bremischen Rechts

Mitteilung des Senats vom 10. November 2009 (Drucksache 17/416 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das dritte Ortsgesetz zur Bereinigung des bremischen Rechts beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 30 vom 10. November 2009
(Drucksache 17/422 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Petition S 17/159 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/
Die Grünen und DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Verzicht auf geplante Verkehrsbehinderungen
auf der Richard-Boljahn-Allee!**

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 17. November 2009
(Drucksache 17/467 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben Ihnen heute einen Antrag vorgelegt, da wir seit einigen Wochen mit Besorgnis die Aktivitäten von Rot-Grün beobachten. Wir hatten gerade vor einigen Sitzungen hier in der Bürgerschaft die Diskussion über ein generelles Tempolimit in der Innenstadt. Da dieser Vorschlag gescheitert ist, wird

nun in Form der Salamtaktik versucht, Stück für Stück einzelne Straßen mit Tempolimits zu belegen. Jetzt sind die Richard-Boljahn-Allee und die Kurfürstenallee an der Reihe. Sie wollen den kompletten Verkehrsfluss verlangsamen und ebenerdige Querungen einrichten.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Nun kann man über die Notwendigkeit von barrierefreien Querungen diskutieren, und auch in Schwachhausen gab es einen Konsens, dort so etwas einzurichten, wo es denn auch aus Sicherheitsgründen gerade für Kinder und Jugendliche notwendig ist. Ich glaube, das ist in großer allgemeiner Aussprache so passiert und kann so umgesetzt werden, das ist auch vernünftig. Das aber reicht Ihnen nicht, Sie wollen jetzt mit weiteren vorgeschobenen Argumenten Ihre Verkehrspolitik durchsetzen.

Die Richard-Boljahn-Allee ist eine wichtige Verkehrsader ins Herz der Stadt, und Sie wissen selbst alle aus der Medizin, wenn man so etwas verengt, wie Sie es jetzt auch vorschlagen, droht der Herzinfarkt. Bremen ist eine Stadt, die von Mobilität und Logistik lebt. Ich möchte da nicht den Wirtschaftssenator mit dem Einrad zitieren, das würde ich jetzt so nicht zusammenbekommen, aber wie wir alle wissen, pendeln täglich Tausende Menschen nach Bremen zur Arbeit und natürlich auch ins Oberzentrum zur Freizeitgestaltung und zum Einkaufen. Haben Sie eigentlich einmal hinsichtlich der Folgekosten für Pendler und Unternehmen in Bremen und Umgebung darüber nachgedacht, was das bedeuten würde?

Als eines der Hauptargumente für die Realisierung dieser Maßnahme wird angeführt, dass dadurch die trennende Funktion der Straße innerhalb des Stadtteils Vahr überwunden werden könne. Zwar steht außer Frage, dass es diese trennende Funktion tatsächlich gibt, allerdings würde sich für den Fall der Umsetzung der von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen daran nichts ändern. Wegen der grundsätzlichen Struktur der Straße hinsichtlich ihrer Breite - wir reden hier von mindestens zwei Spuren in jede Richtung beziehungsweise drei Spuren in jede Richtung, wenn man noch die Aufstellspuren und dergleichen dazurechnet - würde es nichts ändern.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie jetzt richtig konsequent gewesen wären, hätten Sie daraus eine Fußgängerzone gemacht, dann würde die Trennung im Grunde genommen nicht mehr stattfinden.

Stattdessen sind massive Auswirkungen zu erwarten. Es sind verstärkte Staus mit den entsprechenden verstärkten Umweltbeeinträchtigungen und - was noch wichtiger ist - verstärkte Ausweichverkehre auf andere Straßen im Bremer Osten zu erwarten. Sie kalkulieren ja selbst mit einer Entlastung der Richard-Boljahn-Allee von 4 000 bis 7 500 Fahrzeugen am Tag. Diese Fahrzeuge sind aber ja nicht weg, die müssen irgendwohin. Diese Fahrzeuge werden dann auf andere Straßen ausweichen. Es kommt zu zusätzlichen Belastungen und Schleichverkehren auf die jeweils benachbarten Straßen, die dafür aber nicht konzipiert worden sind. Diese Auswirkungen sind noch nicht ausreichend untersucht worden, und es besteht die große Gefahr, damit neue und noch größere Belastungen für die Umwelt und die Bevölkerung zu erzeugen.

(Beifall bei der CDU)

Gleichzeitig ist in Ihrer Argumentation aber nicht nachvollziehbar, wie mit drei Ampelkreuzungen eine Umwelt- und Lärmverträglichkeit erzeugt werden kann. Der umweltverträglichste Verkehr ist nach wie vor der fließende Verkehr, denn das zusätzliche Abbremsen und Anfahren produziert eigentlich die Schadstoffe bei einem Fahrzeug. Es gibt dafür auch die technische Erklärung: Nehmen Sie einmal einen Hybridmotor, der das Konzept hat, die Batterie auf langen Strecken mit dem Motor aufzuladen und das im Stadtverkehr dann umzuwandeln! Wenn wir jetzt Elektroautos einführen würden, da gibt es auch in Oldenburg vernünftige Entwicklungen, leider habe ich bei der Präsentation niemanden von den Grünen gesehen, ich sage das nur, könnte man wieder darüber reden.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe Sie auch nicht bei der Veranstaltung des BUND gesehen! - Abg. Röwekamp [CDU]: Auge um Auge, Zahn um Zahn!)

Richtig, genau so! Ich weiß, das hat Sie jetzt massiv getroffen, es war aber sehr spannend, Frau Dr. Schaefer, Sie können da einmal anrufen, das ist ein wirklich interessantes Konzept, weil es ja nicht nur das Elektroauto, sondern die Vernetzung der Stromleitungen beinhaltet, das ist eine ganz tolle Sache! Solange wir dies aber noch nicht haben, ergibt es wenig Sinn, den Verkehr über Ampelkreuzungen so regulieren zu wollen, denn es gibt einen Rückstau.

Deshalb haben wir Ihnen diesen Antrag vorgelegt und möchten Sie eigentlich warnen und fordern Sie auf, keine weiteren Planungen vorzunehmen, die auf eine Verkehrsbehinderung auf der Richard-Boljahn-Allee abzielen. Dies muss unter-

bleiben! Wir erwarten außerdem, dass Sie im Hinblick auf die direkt anliegenden Straßen untersuchen, welche Auswirkungen das im Falle Ihrer Maßnahmen auf das Verkehrsaufkommen hat, nicht nur auf die direkt anliegenden Straßen, sondern auch auf die Straßen an den Autobahnbindungen Horn-Lehe und Sebaldsbrück, denn da werden zusätzliche Verkehre entstehen.

Außerdem ist ein wichtiger Punkt Ihr Hilfsargument, die Barrierefreiheit! Dazu sollten Sie uns einmal ein Konzept vorlegen, wie denn die bestehenden Fußgängerbrücken über die Richard-Boljahn-Allee und die Kurfürstenallee nutzerfreundlich gestaltet werden können! Uns ist auch klar, dass Barrierefreiheit erreicht werden muss, aber sie muss intelligent erreicht werden, und zwar so, dass die Mehrheit der Bevölkerung dies auch nachvollziehen kann und es nicht nur die Stadt im Kompletten trifft. Man kann doch jetzt nicht durch angebliche oder durch Verbesserung für einzelne Gruppen dann wirklich das Leben der kompletten Stadt in Frage stellen!

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Doch, das, was Sie jetzt gerade vorhaben, wird natürlich für einige in diesem Gebiet Erleichterung bringen, aber umso schädlicher sind die Folgemaßnahmen oder die Wirkung, was in den anderen Straßen passiert!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das kann es doch im Grunde genommen nicht sein! Wir können uns doch hier nicht hinstellen und gerade dieses Konzept für die Entwicklung der Innenstadt diskutieren, wie wichtig es ist, und gleichzeitig die Straßen in die Innenstadt mit Ampelschaltungen und dergleichen kappen und uns dann wundern, dass die Leute direkt auf der Autobahn bleiben, zu Dodenhof fahren, in den Weserpark fahren oder dergleichen, das kann es wirklich nicht sein. Deswegen unterstützen Sie unseren Antrag! - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Idee, die vorhandenen Brückenquerungen durch signalgesteuerte Ampelanlagen zu ersetzen, ist nicht neu. Erstmals wurde sie in den Beiräten bereits 2007 diskutiert, nun wurden nach mehrmonatigen Beratungen in einer vom Bauressort initiierten Arbeitsgruppe von dieser ihre Empfehlungen für ein Ver-

kehrskonzept Bremer Nordosten in den Beiräten vorgestellt.

Vom ursprünglichen Ansatz, im Straßenzug von der Schwachhauser Heerstraße bis einschließlich Richard-Boljahn-Allee zukünftig sechs Fußgängerbrücken durch Schaffung von ebenerdigen Querungen zu ersetzen, musste sich der Arbeitskreis schnell verabschieden. Eine solche Lösung lässt sich bei den gegebenen Verkehrsverhältnissen nicht realisieren. Natürlich ist der Ansatz richtig, an möglichst vielen Stellen barrierefreie Querungen zu schaffen, darüber haben wir heute auch schon an anderer Stelle diskutiert. Doch hier gibt es auch Alternativen zu den angedachten signalgesteuerten Querungen, die übrigens auch nichts an der immer wieder angeführten trennenden Funktion dieser Hauptverkehrsachse ändern würden, auch darauf ist Herr Strohmann schon eingegangen. Festgestellt wurde, dass lediglich an zwei bis drei Stellen Ampelanlagen denkbar sind, wenn nicht ein Rückstau bis zu den Autobahnab- und -auffahrten erzeugt werden soll.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]:
Bis Hamburg! Mindestens!)

Autobahnab- und -auffahrten Bremen-Vahr! Diese würden allerdings nicht dort liegen, wo in der Tat verstärkt Querungen von mobilitätseingeschränkten Menschen festgestellt wurden. Es ist also ein nur wenig befriedigender Lösungsansatz, wenn man die Barrierefreiheit wirklich ernst nimmt!

Untersucht wurden nach Angaben der Verkehrsbehörde auch die Auswirkungen auf andere Straßenzüge, also die möglichen Verkehrsverlagerungen bedingt durch Einschränkungen im Bereich der Kurfürstenallee/Richard-Boljahn-Allee. Die getroffenen Annahmen berücksichtigen unseres Erachtens jedoch nicht, dass sich die Verkehre bei jeglicher Einschränkung von vornherein gleich weiträumig Umfahrungswege suchen wie in diesem Beispiel etwa die Kurt-Schumacher-Allee, die obere Schwachhauser Heerstraße oder auch den Osterdeich. Da hilft eine Geschwindigkeitsbegrenzung in der Bismarckstraße, die diese Verlagerung abmildern soll, nicht wirklich weiter.

(Beifall bei der FDP)

Der Verkehr sucht sich suboptimale Wege. Dies führt dann in der Folge dazu, die Bemühungen zur Lärminderung und Luftreinhaltung in diesen Stadtbereichen zu konterkarieren. Solche Auswirkungen können doch nicht ernsthaft gewollt sein!

(Beifall bei der FDP)

Vermisst haben wir bisher jegliche Aussage, wie sich nach Realisierung der Bahnunterführung in Oberneuland der dann stark zunehmende Verkehr aus Richtung der Rockwinkeler Heerstraße und von der Rockwinkeler Landstraße auf die Richard-Boljahn-Allee/Kurfürstenallee auswirken wird. Dies wurde offensichtlich in den bisherigen Rechenmodellen schlicht ignoriert. Eine deutlich vorsichtiger Herangehensweise wäre angebracht, bevor durch vorschnelles Handeln Investitionen ausgelöst werden, die sich später als fatale Fehler herausstellen könnten.

(Beifall bei der FDP)

Die bisherigen Zahlen können nicht überzeugen. Es ist ja nicht nur mit der Realisierung von signalgesteuerten Fußgängerüberquerungen alles getan, auch die Folgekosten sind zu berücksichtigen. Einen Vergleich zu einer barrierefreien Nachrüstung der derzeitigen Brückenquerungen, da, wo sie auch wirklich barrierefrei nötig sind, oder im Einzelfall auch Erneuerung, weil einige ja auch Steigungsverhältnisse im Mittelteil aufweisen, die nicht mit Fahrstühlen ausreichend gemindert werden können, vermissen wir jedenfalls.

Zum Schluss noch ein kleines weiteres Argument gegen das angedachte Konzept: Bei ebenerdigen Fußgängerüberwegen im Verlauf der Kurfürstenallee/Richard-Boljahn-Allee stellt sich auch bei einer dann reduzierten Geschwindigkeit die Frage der Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer neu. Ich bitte Sie, nun nicht mit dem Gegenargument zu kommen, dass dann die Trampelpfade wegfallen. Die Trampelpfade wird es auch in Zukunft geben, wenn andere Querungen geschaffen werden. Es bleibt jedoch eine Tatsache, dass es sich bei dieser Streckenführung auch zukünftig um eine extrem stark befahrene Hauptverkehrsachse Bremens handelt, und da sollten auch Sicherheitsargumente eine wesentliche Rolle spielen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Warnen wie Herr Strohmann möchte ich Sie nicht, liebe Regierungskoalition. Springen Sie aber einmal über Ihren eigenen Schatten, und stimmen auch Sie dem gemeinsamen Antrag von CDU und FDP zu! Eine etwas gründlichere Überlegungs- und Planungsphase führt sicherlich zu besseren Ergebnissen, als die jetzige Zielsetzung für uns vermuten lässt. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hamann.

Abg. **Hamann** (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich vermisse jemanden: Ich vermisse den Kollegen Pflugradt. Der Kollege Pflugradt hätte hier mit Sicherheit das Thema ein bisschen anders aufbereitet, weil er ein bisschen weiter ist als Sie, Herr Kollege Strohmann.

(Beifall bei der SPD)

Nur eine Sache vorausgeschickt! Sie sprechen immer von Verkehr, Dringlichkeitsantrag, Verzicht auf Verkehrsbehinderungen, und dann auch noch mit Ausrufezeichen! Es mag vielleicht für einige neu sein, aber Verkehr gibt es nicht immer nur dann, wenn Motoren im Spiel sind. Wenn Sie zu Fuß gehen, Herr Kollege Strohmann, sind Sie auch Verkehr, und wenn Sie mit dem Rollstuhl unterwegs sind, sind Sie auch Verkehr.

(Abg. Imhoff [CDU]: Mit dem Trecker!)

Wenn Sie mit dem Trecker unterwegs sind - der hat einen Motor -, sind Sie auch Verkehr, vollkommen richtig, Herr Kollege!

(Abg. Woltemath [FDP]: Auch bei Treckern ohne Motor!)

Ein Trecker ohne Motor, abgeschleppt von zwei Fahrradfahrern, wäre dann auch Verkehr, vollkommen richtig!

(Heiterkeit bei der SPD)

Das bedeutet, Sie müssen sich einmal etwas von diesem benzingetränkten Verkehrsbild lösen,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf des Abg. Rohmeyer [CDU])

dann kommen Sie vielleicht auf neue Ideen.

(Zurufe von der CDU - Abg. Frau Winther [CDU]: Er redet über Fahrradfahrer!)

Nein, darüber spreche ich nicht!

Wenn Sie jetzt das Thema angehen, sollten Sie es realistisch machen und ein bisschen seriös. Es ist vom Kollegen Richter angedeutet worden: Es gibt mehrere Beiräte, die sich damit seit Jahren intensiv beschäftigen. Es gibt Beiratsbeschlüsse - in Schwachhausen zum Beispiel einstimmige -, die das fordern, und es gibt in der Vahr andere Beiratsbeschlüsse, die damit etwas anders umgehen.

Sie haben es nicht ganz richtig gesagt, Herr Richter, oder ich habe es falsch verstanden, Entschuldigung: Diese Arbeitsgruppe ist nicht vom Bause-nator, sondern darin sind Vertreter der Beiräte, die

Beiratssprecher zum Beispiel, es sind auch zum Beispiel Vertreter des Ortsamtes dabei. Das erste Treffen war im April 2008. Deswegen, Herr Kollege Strohmann, Sie sagten eben, seit einigen Wochen geistert das durch die Stadt, nein, es sind schon einige Monate!

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Das macht es nicht besser!)

Sie müssten einmal Beiratssitzungen besuchen, dann hätten Sie das auch festgestellt! Sie haben gerade gesagt einige Wochen, vollkommen falsch, das wird seit Monaten diskutiert.

(Abg. Strohmann [CDU]: Das sind ja auch einige Wochen!)

Das Verfahren ist doch wie folgt: Es gibt diese Arbeitsgruppe - auch die Handelskammer ist daran beteiligt gewesen -, und diese Arbeitsgruppe hat ein Konzept vorgelegt. Dieses „Verkehrskonzept Bremer Nordosten“ ist in den Beiräten vorgestellt worden, und danach folgt die Deputationsbefassung, die jetzt irgendwann auch stattfinden wird. Deswegen ist dieser Antrag, der von uns natürlich abgelehnt wird, auch kein Verhandlungsgegenstand. Warten Sie doch erst einmal in aller Unauf-geregtheit die Deputationsbefassung ab! Was soll das denn?

(Zuruf von der CDU: Ich kenne euch!)

Ich mich auch! Warten wir doch einfach einmal die Deputationsbefassung ab und schauen dann, wie es im Einzelnen ist!

Es hilft nicht, Panik zu machen, und, wie gesagt, dieser Verkehrsbegriff, daran arbeiten! Ich empfehle Ihnen, Herr Kollege Woltemath - ich beziehe mich hier auf einen Presseartikel in der „Bild“-Zeitung vom Mai,

(Zuruf von der CDU: Das ist auch einige Wochen her!)

wo Sie sich auf einer Brücke postieren und Angst äußern, dass die armen Autofahrer jetzt dem-nächst dort nicht mehr fahren dürfen und dort Me-gastaus sind -, sprechen Sie nicht nur mit der Zei-tung, sprechen Sie einmal mit Anwohnern!

(Abg. Imhoff [CDU]: Aber mit Ihnen kann man reden!)

Ich kann Ihnen gern eine Anschrift einer Dame geben, sie ist 67 Jahre alt und wohnt dort an die-ser Straße, und sie wird Ihnen schildern, wie sie ihre 72-jährige Tante mit dem Rollstuhl über die Fahrbahn schiebt, weil die Rampe zu steil ist.

Wenn Sie ihr dann erzählen, das muss sein wegen der freien Fahrt für freie Bürger. Wir waren vorhin bei dem Begriff mit Polemik und wie man damit umgeht!

Warten wir also ab, was uns da in der Deputation vorgestellt wird. Es ist ein breiter Konsens in dieser Arbeitsgruppe erzielt worden. Der Antrag wird natürlich von uns an dieser Stelle abgelehnt, weil er da jetzt auch nicht hineinpasst. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht erst einmal ein kleines Wort direkt an Sie gerichtet, Herr Strohmann, auch wenn Sie jetzt gerade nicht zuhören!

(Abg. Strohmann [CDU]: Doch, ich kann beides!)

Es geht nicht an Ihre Partei, sondern wirklich an Sie, weil mich nämlich zum Teil - und es kam beim letzten Mal auch schon in dieser Verkehrsdebatte heraus - diese billige Polemik wirklich ärgert. Anstatt sich adäquat mit dem Thema Mobilität auseinanderzusetzen, kommen Sie ständig gerade uns Grünen gegenüber mit Klientelpolitik und Ideologie. Ich finde, das ist nicht angemessen bei so einem wichtigen Thema wie Verkehrspolitik.

(Abg. Strohmann [CDU]: Das habe ich gar nicht gesagt!)

Ich sage einmal eines: Was mich wirklich geschockt hat, war wirklich dieser Ausspruch, dass angeblich einzelne Gruppen bevorzugt werden, nämlich die Behinderten, und die ganze Stadt dadurch benachteiligt ist. Das zeigt mir, Herr Strohmann, wie Ihre Haltung zur Barrierefreiheit und zu Behinderten ist, und das finde ich in der Tat behindertenfeindlich und unsolidarisch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Meiner Meinung nach kann das Thema hier nicht „Freie Fahrt für freie Bürger“ sein, und das auf Kosten von Behinderten. Das hat Ihr Redebeitrag gerade gezeigt, und darin stimmen wir überhaupt nicht überein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie haben auch gesagt, Bremen sei ein Logistik- und Wirtschaftstandort. Darin stimmen wir überein, aber es ist eben auch ein Wohnort, auch einer für Familien mit Kindern, die einen Kinderwagen schieben müssen, für Behinderte, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ältere!)

und für ältere Menschen. Der demografische Wandel wird ein immer größeres Thema werden, und dementsprechend müssen wir uns damit beschäftigen, wie wir Querungen über große Verkehrsstraßen auch barrierefrei gestalten können. Das ist auch der Hintergrund in der Richard-Boljahn-Allee.

Wir haben vorhin schon über das Thema Barrierefreiheit diskutiert. Da haben alle gesagt, uns ist das Thema sehr wichtig. Wir wollen barrierefreie Haltestellen, aber wir wollen auch barrierefreie Querungen, und dafür brauchen wir Ampelanlagen in der Richard-Boljahn-Allee, weil diese Fußgängerbrücken eben nicht barrierefrei sind. Es wurde vorhin auch gesagt, es gibt auch Neigungswinkel, die nicht zu überbrücken sind. In dem Fall würde ich auch sagen, Aufzüge sind hier nicht die Lösung, gerade wenn man - und das wird von den Behindertenverbänden auch begrüßt - ebenerdige Querungen braucht, weil sie nämlich eine Erleichterung für die Mobilitätseingeschränkten, für Eltern mit Kinderwagen und so weiter bringen. Außerdem können Ampelschaltungen optimal eingestellt werden. Wir kennen die grüne Welle, das heißt, eine Ampel bringt nicht automatisch Rückstaus, wie Sie gesagt haben, oder dann auch die Gefahr von zusätzlichem CO₂ oder Lärm. Das heißt, wir wollen intelligente Ampelschaltungen.

Zum Schluss möchte ich noch sagen: Autofahrer, finde ich, dürfen uns nicht wichtiger sein als Behinderte oder als Eltern, und gerade die Schwächeren in unserer Gesellschaft bedürfen unserer Unterstützung und unserer Solidarität. Ich finde, wir sind eine solidarische Gesellschaft, aber das bedeutet auch, dass man Autofahrern durchaus eine Verzögerung zumuten kann, die wirklich nur eine bis drei Minuten beträgt. Das, finde ich, muss man jedem Autofahrer zumuten können, wenn dadurch mobilitätseingeschränkte Menschen am gesellschaftlichen Leben in der Vahr teilnehmen können und damit die Vahr auch als Wohnort attraktiv bleibt.

Weil wir Ihrer Argumentation in keiner Weise folgen und Rechnung tragen können und weil wir finden, ebenerdige Querungen in diesem Straßenbereich sind wichtig für behinderte Menschen

und Eltern mit Kinderwagen, lehnen wir Ihren Antrag ab. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (DIE LINKE)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sonst immer sehr dafür, dass wir als Parlament auf unmittelbar drängende Probleme auch dringend reagieren und bestimmte Formen auch einmal außer Kraft setzen. Aber ehrlich gesagt, die Dringlichkeit dieses Antrags, und noch dazu, dass man ihn heute Morgen hier einbringt, verhindert für uns tatsächlich auch etwas die sachliche Auseinandersetzung mit diesem Problem, weil ich denke, dieses Thema hätten wir auch ohne Weiteres beim nächsten Mal diskutieren können, möglicherweise vor dem Hintergrund der Deputations-sitzung auf einer etwas sachlicheren Ebene,

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD
und beim Bündnis 90/Die Grünen)

wo man tatsächlich die unterschiedlichen Aspekte dieser ganzen Angelegenheit tatsächlich einmal bewertet. Ich habe wirklich den Eindruck, die Dringlichkeit dieses Antrags besteht darin, dass CDU und FDP einmal wieder dringend in die Zeitung wollten.

(Beifall bei der LINKEN - Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja legitim!)

Ich sagte, das ist legitim, und wir werden einmal sehen, wenn wir so etwas haben, ob wir es auch so machen! Nein, natürlich nicht!

Meiner Meinung nach ist die Frage der Dringlichkeit an diesem Punkt ein Stück weit überdehnt, und meine Bitte wäre, dass wir die sachliche Auseinandersetzung um diese Dinge wieder hier in die Bürgerschaft hineinbekommen und nicht solche Schnellschüsse hier verhandeln müssen. Das Zweite ist - inhaltlich ist dazu einiges gesagt worden -, wir wissen alle, dass man Verkehr dadurch vermeidet, dass man kurze Wege hat. Kurze Wege bekommt man in Bremen insbesondere dann, wenn Bremen wieder als Wohnstandort attraktiv ist, und Wohnen in Bremen wird attraktiv, wenn es möglichst wenig Lärm und Emissionen und so weiter gibt. Das heißt, wir müssen an allen Stellen dieser Stadt darüber nachdenken, ob wir motori-

sierten Individualverkehr nicht nur zugunsten von behinderten Menschen, sondern insgesamt reduzieren. Das ist eine Aufgabe, die wir als Bürgerschaft haben, als Politikerinnen und Politiker.

Deswegen ist es völlig notwendig, dass man insbesondere Quasi-Rennstrecken durch die Stadt darauf überprüft, ob man sie nicht auch verlangsamten und etwas entschleunigen kann. Ich bin mir relativ sicher, wenn man es untersucht, wird man feststellen, dass man den Verkehr, der nach Bremen hineinströmt, möglicherweise gar nicht so sehr reduziert, dass die Anzahl der Autos geringer wird, weil es immer einen Flaschenhals gibt. Spätestens an der Kurfürstenallee oder spätestens ein Stück weiter stauen sich die Fahrzeuge ohnehin, und wenn man sie vorn weiter verlangsamt, hat man unter Umständen den Effekt, dass man das Ganze beschleunigt und dieser Longitudinalwelleneffekt nicht auftritt.

Das muss man also untersuchen, und ich denke einfach, dass es eine sachliche Auseinandersetzung geben muss, inwiefern die Behauptung stimmt, dass man dadurch einen Verkehrskollaps produziert, wenn man da zwei oder drei Querungen einzieht. Die muss erst einmal bewiesen werden. Wenn wir feststellen sollten, es ist so, können wir noch einmal schauen, ob wir es tatsächlich wollen oder ob wir es nicht in Kauf nehmen müssen zugunsten anderer Dinge. Meiner Meinung nach ist diese Frage offen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen und warten auf die Auseinandersetzung in der Deputation. Aber dann schauen wir an anderer Stelle noch einmal, vielleicht haben wir dann Gelegenheit, die Sache inhaltlich etwas seriöser zu behandeln. - Vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Woltemath.

Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Weil ich direkt angesprochen worden bin vom Kollegen Hamann: Wir müssen uns vor Augen führen, dass Kurfürstenallee und Richard-Boljahn-Allee, wenn nicht der wichtigste, zumindest auf alle Fälle einer der wichtigsten Autobahnzubringer und eine der wichtigsten Zufahrtsstraßen in die Bremer Innenstadt sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Diese Zufahrtsstraße soll mit Ampeln bestückt werden, und seien sie eventuell noch so ideal geschaltet, was ich bezweifle, weil ja hinter diesem Konzept der Ampel nicht steckt, wir wollen jetzt, weil wir plötzlich nach 40 Jahren entdeckt haben, dass da eine Straße durch die Stadt führt, eine behindertenfreundliche oder stadtteilfreundliche oder wie auch immer geartete Fußgängerquerung haben: Das ist nicht der Hintergrund dieser Planung! Der Hintergrund dieser Planung ist das, was der Kollege Rupp sehr deutlich gesagt hat, Sie wollen den Autoverkehr aus der Stadt herausdrängen, und damit Sie ihn gut aus der Stadt herausdrängen können, wollen Sie ihn natürlich behindern. Das ist rot-grüne Politik, und das steckt dahinter.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir müssen uns - da brauchen Sie gar nicht abzuwinken, Kollege Pohlmann! - einmal die Örtlichkeiten ganz deutlich vor Augen führen. Ein wirkliches Problem der Querung dieser Straße sind zwei Brücken aus den Sechzigerjahren. Das ist die eine in Höhe des Heizwerkes der swb AG und das ist die zweite in Höhe des Vahrer Sees. Ich bin leider gestern nicht mehr dazu gekommen, weil es so heftig geregnet hat, mit dem Fahrrad die Strecke abzufahren, aber wir haben die Karl-Kautsky-Brücke, die optimal für behindertenfreundliche Querung gestaltet worden ist. Sie ist extra für viel Geld deshalb umgebaut worden. Wir haben 150 Meter weiter Richtung Autobahn von dieser Brücke aus - vielleicht mögen es 250 Meter sein, legen Sie mich da nicht fest - die nächste Brücke, die ideal überwunden werden kann, weil sie nämlich auch behindertenfreundlich ist. Wir haben die gleiche Situation bei der Karl-Kautsky-Brücke, Sechzigerjahre-Brücke, und dann haben wir eine Unterführung in Höhe der Straße In der Vahr. Wir reden über 250 Meter, das ist für Behinderte sicherlich ein weiter Weg, aber wir haben auch schon die Debatte geführt, wie nah denn die nächste Bushaltestelle an Wohnorten sein muss. Wir möchten doch darum bitten, die Kirche hier im Dorf zu lassen!

Auf der einen Seite brauchen wir die Brücke in Höhe Vahrer See, man muss sich sicherlich Gedanken machen, wie man sie umgestalten kann. Es gibt aber keine Lebensnotwendigkeit dafür. Wenn der Kollege Hamann mir sagt, ich bin in der Vahr aufgewachsen, ich kenne das Gebiet dort sehr gut, ich kenne jede Menge Menschen, die dort sind: Deren Problem ist aber nicht in erster Linie die Brücke, deren Problem ist teilweise der Lärm, der dort entsteht, und zu Lärmschutz hat noch überhaupt niemand etwas gesagt, obwohl wir schon lange darüber debattiert haben. Da ist ein Ansatzpunkt, über den man auch ganz drin-

gend sprechen kann, da drückt sich aber Ihr Wohnungsbauunternehmen, dessen Namen ich hier jetzt nicht erwähne, natürlich vor der Debatte, weil das viel Geld kostet.

Bei dieser ganzen Diskussion möchte ich doch wirklich um Sachlichkeit bitten, und da muss ich sagen, dann bin ich bei der Feststellung - ich versuche, es so sachlich wie möglich zu machen -, wir müssen darüber noch einmal nachdenken. Die Debatte wird ja immer wieder aus dem Hintergrund angeschoben, damit wird versucht, das jetzt auch genauso hinzubekommen wie gewünscht, damit da Ampeln stehen, die den Verkehr auf dem Weg in die Stadt behindern.

Übrigens wundert mich die Haltung der SPD, die über viele Jahrzehnte eine ganz andere hatte, die nämlich gesagt hat, wir dürfen genau das nicht machen, was jetzt angedacht worden ist, den Verkehr in die Stadt behindern. Aber na gut, man kann ja auf rot-grüne Linie einschwenken und sich darüber freuen. Ich finde jedenfalls, das kann so nicht sein! Wir dürfen den Verkehr dort nicht behindern, das wäre ein Witz, dafür würde uns die ganze Republik auslachen, wenn wir genau das machen würden. Deshalb sollten Sie noch einmal darüber nachdenken, unserem Antrag zustimmen, der ist nämlich gut, und dann hätten wir dieses Problem gelöst. - Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte jetzt eigentlich noch einmal kurz den Unterschied zwischen dem Teil Schwachhausen der Kurfürstentallee und der Vahr erläutern, das hat der Kollege Woltemath gemeint. Ich möchte jetzt nur einen Punkt ansprechen und, Frau Dr. Schaefer, da sprechen ich Sie persönlich an, das finde ich nicht in Ordnung, hier jetzt zu behaupten, dass ich jetzt irgendwelche Gruppen hier gegeneinander ausspielen würde!

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das tun Sie! Sie haben das genauso formuliert!)

Es geht hier nicht um einzelne Gruppen. Es geht nicht darum! Mir ist schon bewusst, wie problematisch es ist, aber hier geht es um das Gesamte. Es geht hier um die gesamte Stadt, und es geht hier darum, wie man damit vernünftig umgeht.

Es will niemand, dass Behinderte zu Hause bleiben oder sich nicht barrierefrei bewegen können,

nur müssen wir dann überlegen, was notwendig ist, was intelligent ist und wo wir alle mitnehmen können. Einerseits müssen wir schauen, wo man einem etwas gibt, muss man dem anderen etwas wegnehmen, und da muss man das Gesamtkonzept - -. Deswegen verwahre ich mich dagegen, dass Sie mir das jetzt hier so auslegen, ich hätte irgendetwas gegen Behinderte oder würde bestimmte Gruppen an den Rand stellen, das will ich noch einmal konkret sagen, das finde ich nicht in Ordnung!

(Beifall bei der CDU)

Sie können mich von mir aus einen üblen Autolobbyisten schimpfen oder so etwas, das ist in Ordnung, damit habe ich gar kein Problem, aber so etwas, mir das so herumzudrehen, das finde ich nicht in Ordnung. Dann schauen Sie sich einmal meine persönliche Vita an! Dann können Sie einmal schauen, was nämlich intelligente Lösungen sind, um gerade diese Menschen mit einzu-beziehen, was wir auch alles, auch ich vor Ort, dort geleistet und gemacht haben, damit genau das passiert, und hier nicht so einen Unsinn zu diskutieren, und man könnte und wollte oder dergleichen! Sind Sie überhaupt schon einmal mit einem Rollstuhl gefahren, wissen Sie, was die Problematik ist?

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Mein Vater sitzt im Rollstuhl!)

Das mag ja sein, dann kennen Sie ja genau das Problem, und es ist diesen Menschen nicht geholfen, dass man sie gegeneinander ausspielt, und dagegen verwahre ich mich persönlich! Das finde ich nicht in Ordnung, Frau Dr. Schaefer!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Strohmann, erstens habe ich mich lang und breit, und zwar aus privaten Gründen, mit dem Thema Barrierefreiheit beschäftigen müssen,

(Zuruf des Abg. Strohmann [CDU])

und daher weiß ich ganz genau, was es auch bedeutet, wenn Barrieren im Straßenverkehr vorhanden sind, und wie schwierig das ist. Aber ich habe mich ganz genau auf Ihre Aussage vorhin bezogen, wir können das gern im Protokoll noch einmal nachlesen, als Sie gesagt haben, es kann nicht sein, dass einzelne Gruppen bevorzugt wer-

den und die ganze Stadt damit benachteiligt wird. Zu einer gesamten Stadt gehören für mich aber auch Behinderte, dazu gehören auch Eltern mit Kinderwagen und andere Mobilitätseingeschränkte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich verwahre mich einfach nur dagegen, dass wir hier nur eine Politik machen, bei der es um schnelle Autos geht und Sie uns immer wieder unterstellen, dass wir nur den Verkehr behindern wollen.

(Abg. Strohmann [CDU]: Was hat das mit Behinderten zu tun?)

Nein, wir wollen ihn intelligent umgestalten, damit alle Verkehrsteilnehmer, und dazu gehören Mobilitätseingeschränkte Menschen, an dem Verkehr teilnehmen können und nicht nur die Autos.

(Abg. Strohmann [CDU]: Also war das Interpretation!)

Wenn wir noch einmal von Pendlern sprechen, dann sage ich, wir machen gerade große Anstrengungen, und dafür hat sich Ihre Partei auch durch Herrn Focke immer eingesetzt, dass wir nämlich den ÖPNV an das Umlandgebiet anschließen,

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Was hat das mit der Richard-Boljahn-Allee zu tun?)

weil wir nämlich wollen, dass Pendler auch auf anderen Wegen in diese Stadt hineinkommen. Aber das, was Sie hier machen, Herr Strohmann, das ist wirklich eine unsolidarische Verkehrspolitik, und die tragen wir nicht mit. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Wir können bei diesem Thema unmittelbar an den letzten Tagesordnungspunkt anknüpfen, denn das ist eine Sache, die wirklich von unten nach oben durchgewachsen ist. Das wird seit über einem Jahr intensiv in den Beiräten diskutiert. Es sind Studien vergeben worden, externer Sachverstand ist en masse eingekauft worden. Es hat Gespräche mit allen möglichen Beteiligten gegeben, und im Ergebnis hat das dazu geführt, dass die Beiräte in Schwachhausen und in der Vahr und auch der Beirat Östliche Vorstadt diesem Konzept zugestimmt haben.

(Abg. Strohmann [CDU]: Oberneuland?)

Kommen Sie also nicht daher und tun so, als wäre es eine fixe Idee, die von oben ausgedacht wurde und ideologisch motiviert wäre, sondern das ist von den Menschen im Stadtteil in enger Zusammenarbeit mit der Behörde so entwickelt worden!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Woltemath, auch wenn Sie dort wohnen, können Sie nun nicht in Abrede stellen, dass Sie, wenn Sie überhaupt dort im Beirat sind, dort in der Minderheit sind. Das Zweite, der Satz, den habe ich mir auch aufgeschrieben, heißt wörtlich, Herr Strohmann, das halte ich schon für ein relativ starkes Stück, Sie stellen das Leben in der kompletten Stadt infrage, um einigen Gruppen Vorteile zu verschaffen. Also, da würde ich doch schon einmal in Anlehnung an Herrn Woltemath sagen: Lassen Sie die Kirche einmal im Dorf! Es geht hier um eine Minute längere Fahrzeit.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da können Sie doch nicht als Oberlobbyist von bestimmten Gruppen hier auftreten und so tun, als wenn die Innenstadt gefährdet wäre!

Ich hatte neulich wirklich aus Zufall bei „buten un binnen“ ein Interview mit dem Präses der Handelskammer aus Hamburg gesehen. Mein Gott, da ist Tempo 30 an Hauptverkehrsachsen der Regelfall, das ist überhaupt kein Problem für die Innenstadt! Sie tun hier so, wenn man auf einer der letzten großen Straßen, wo noch mit 70 Stundenkilometern in die Innenstadt gefahren werden kann, von 70 auf 50 Kilometer pro Stunde drosselt, sei die Innenstadt gefährdet. Mon Dieu, das ist eine maßlose Übertreibung, muss ich sagen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vor allen Dingen, eines will ich noch einmal sagen, Sie reden immer davon, das kam auch mehrmals als Zwischenruf, es sei ein Autobahnzubringer. Ja, es ist auch ein Autobahnzubringer, aber es ist vor allem, das werden Sie jetzt sehen, wenn links und rechts von den Bäumen das Laub herunterfällt, eine Straße, wo Leute in 15 bis 20 Meter Entfernung wohnen, und zwar Hunderte oder in toto sogar Tausende, und deswegen ist natürlich die Reduzierung der Geschwindigkeit auch ein Beitrag zu Lärmreduzierung, Das müssen Sie auch sehen! Reduzieren Sie Straßen, an denen Menschen wohnen, nicht nur auf die Funktion des Autobahnzubringers, das möchte ich doch noch einmal sagen!

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Das hat Ihr Ressort einmal so entworfen!)

Jetzt zu den Argumenten im Einzelnen, ich will Ihre Punkte abarbeiten: Zunächst einmal muss man ganz klar als Feststellung sagen, wir haben eine klare Richtlinie zur barrierefreien Gestaltung baulicher Anlagen des öffentlichen Verkehrsraums, so heißt die. Wenn man die Kriterien dieser Richtlinie heranzieht, dann darf man zunächst einmal ganz nüchtern feststellen, der Straßenzug Kurfürstenallee/Richard-Boljahn-Allee ist nicht barrierefrei. Er ist nicht barrierefrei! Ja, es klingt vielleicht trivial, aber wenn ich Ihnen so zuhöre, dann wird ja gerade so getan, als wenn da gar kein Veränderungsbedarf wäre. Es ist aber Veränderungsbedarf vorhanden. Zur Herstellung der Barrierefreiheit und zur Verminderung der Trennungswirkung durch die Hauptverkehrsachse wurden die Auswirkungen einer Geschwindigkeitsdrosselung auf Tempo 50, das ist der Standard in Deutschland, den wir in modernen Großstädten haben, geprüft.

Irgendjemand hat vorhin gesagt, ich glaube, Herr Woltemath war das, ich habe mir das aufgeschrieben: Wir blamieren uns vor der ganzen Republik! Ich bitte Sie, es gibt doch kaum noch Innenstadtstraßen, in denen 70 Kilometer pro Stunde gefahren wird! 50 Kilometer pro Stunde sind die Regelgeschwindigkeit. Diese Sache haben wir untersucht, und wir kommen zu dem Ergebnis, dass es natürlich geringfügige Verschiebungseffekte gibt, die wir aber mit einer Geschwindigkeitsdrosselung in der Bismarckstraße auf 30 Kilometer pro Stunde insgesamt als verträglich einstufen können. Der Bedarf für ebenerdige Querung und die verkehrstechnische Machbarkeit von Fußgängersignalanlagen an den Standorten Metzger Straße, Brandenburger Straße und Carl-Severing-Straße wurden durch dieses Gutachten nachgewiesen. Das will ich festhalten.

Zu Ihrem zweiten Punkt, wir sollen darlegen, wie die Kosten sind: Das kann ich auch, soweit es jetzt im Rahmen des Möglichen ist. Wir werden eine geordnete Deputationsbefassung im Dezember haben, dann können wir alle Argumente, die heute hier gekommen sind, auch lang und breit diskutieren. Eine Dringlichkeit sehe ich überhaupt nicht, aber ich trage es hier schon einmal vor. Die Kosten für die Herstellung signalgesteuerter Fußgängerquerungen, die barrierefreie Gestaltung anliegender Bushaltestellen und die Beschilderung in der Kurfürstenallee/Richard-Boljahn-Allee sowie für Beschilderungen und signaltechnische Maßnahmen in der Bismarckstraße belaufen sich auf insgesamt 560 000 Euro, davon circa 510 000 Euro für die Kurfürstenallee und Richard-Boljahn-Allee. Die Folgekosten für Pendler und Unternehmen, danach wurde auch gefragt, sind bei

Fahrzeitverlusten von etwa einer Minute im Straßenzug Kurfürstenallee/Richard-Boljahn-Allee als äußerst gering einzustufen, das möchte ich festhalten.

Der dritte Punkt: Sie fordern uns auf darzulegen, welche Umweltbelastungen sich ergeben. Durch die Machbarkeitsuntersuchung für die Fußgängersignalanlage wurde nachgewiesen, dass sich die geplanten Ampeln sehr gut koordinieren lassen, wodurch flüssiger Verkehr zu erwarten ist. Höhere Umweltbelastungen durch Abbremsen und Anfahren werden durch die koordinierte Signalschaltung nicht gesehen.

Vierter Punkt: Wir werden aufgefordert, über Verlagerungen zu sprechen. Dazu kann ich Folgendes festhalten: Die Auswirkungen der Maßnahme auf das Straßennetz wurden durch die Verkehrsuntersuchungen ausführlich überprüft. Deswegen sind auch Begriffe, wie sie gerade mehrmals bei Herrn Strohmann fielen, das sei vorschnell und nicht durchdacht und so weiter, einfach nicht zutreffend. Die Auswirkungen der Maßnahmen auf das Straßennetz wurden untersucht. Es ist mit gewissen Umorientierungen von Stadtteilverkehren zu rechnen, aber nach Abwägen aller Gesichtspunkte - Lärm, Schadstoffbelastung, Barrierefreiheit und Verkehrsflüssigkeit - ist der dortige Mehrverkehr als vertretbar anzusehen. Im Detail wird das in der Deputationssitzung dargelegt werden. Einer hinsichtlich Lärm- und Schadstoffbelastung unerträglichen Mehrbelastung in der westlichen Bismarckstraße, die, wenn man alles andere gleich lassen würde, auftreten würde, wird durch Tempodrosselung auf Tempo 30 begegnet. Ich sprach bereits davon, die Fahrzeitverluste werden bei etwa einer Minute liegen auf dieser Achse. Für die Autobahnabfahrten Bremen-Horn-Lehe und Bremen-Sebaldsbrück ist mit keinem signifikant verstärkten Verkehrsaufkommen zu rechnen.

Jetzt zu Ihrem nächsten Punkt, wo Sie uns auffordern, wir sollten die Brücken umbauen! Dazu kann ich Folgendes sagen: Die Anforderungen nach der Richtlinie zur barrierefreien Gestaltung baulicher Anlagen des öffentlichen Verkehrsraums, ich zitierte es bereits, wo eine maximale Rampensteigerung von sechs Prozent als tolerabel angesehen wird, können durch bauliche Veränderung der Rampenanlagen oder andere konstruktive Möglichkeiten nicht erfüllt werden. Die Barrierefreiheit lässt sich durch Umbau der vorhandenen Brücken bei Neigungen von 15 Prozent, sechs Prozent wären maximal tolerabel, nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand - auf gut Deutsch Neubau - herstellen. Gleiches gilt, und das gilt sogar erst recht, das muss man sagen, für den Einbau von Fahrstühlen, das wäre ungleich teurer, und insofern ist auch hier die Verhältnis-

mäßigkeit nicht gegeben. Sowohl aus konstruktiven als auch aus Kostengründen stellt die Herstellung von Fahrstühlen keine Alternative zu Fußgängersignalanlagen in der Kurfürstenallee und der Richard-Boljahn-Allee dar. Deshalb empfehlen wir, den Antrag abzulehnen.

Ich weise abschließend noch einmal daraufhin, dass diese Maßnahmen einstimmig beziehungsweise mit großer Mehrheit von den Beiräten in Schwachhausen, in der Vahr und bezüglich der Bismarckstraße in der Östlichen Vorstadt beschlossen wurden. Wenn Sie es schon nicht teilen - man kann es ja so oder so sehen, da sind wir uns ja einig -, dann sollten Sie aber wenigstens zur Kenntnis nehmen, dass diese Sache einen langen Vorlauf hatte, gut untersucht worden und von unten nach oben gewachsen ist. Insofern tun Sie nicht so, als sei das hier eine ideologische Maßnahme! Die Diskussion hat übrigens, lange bevor diese öffentliche Diskussion über Tempo 30 lief, längst stattgefunden. Insofern würde ich empfehlen, wenn ich das darf, diesen Antrag als populistisch abzulehnen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP mit der Drucksachen-Nummer 17/467 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, wir haben uns interfraktionell darauf verständigt, dass wir Wahlen versuchsweise en bloc abstimmen wollen. Bevor ich die einzelnen Tagesordnungspunkte aufrufe, möchte ich Sie bitten, bei dem Wahlauf Ruf „Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses“, dort ist die

Abgeordnete Frau Speckert aufgeführt, den Namen zu streichen und zu ersetzen durch Herrn Gerling. Herr Gerling ist vorhin hier auch in die Stadtbürgerschaft eingetreten. Besteht Einverständnis darüber? - Dann brauche ich es nicht extra während des Wahlaufrufs zu wiederholen. Also, streichen Sie bitte den Namen Speckert, und setzen Sie dafür Gerling ein!

Meine Damen und Herren, dann kommen wir zur En-bloc-Abstimmung der Wahlen.

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses

Wahl eines Mitglieds des städtischen Rechnungsprüfungsausschusses

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Entsorgungsbetriebsausschusses

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Arbeit und Gesundheit

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Bau und Verkehr

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten

Wahl eines Mitglieds des Betriebsausschusses Musikschule Bremen

Wahl eines Mitglieds des Betriebsausschusses Stadtbibliothek Bremen und Bremer Volkshochschule

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Inneres

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Kultur

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Sport

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Wirtschaft und Häfen

Die Wahlvorschläge zu den einzelnen Tagesordnungspunkten liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend!

(Schluss der Sitzung 16.46 Uhr)